

Landgrabbing



**ubb e.V.
Umweltbüro
Berlin-
Brandenburg**

Ueckermünder Str. 3
10439 Berlin

Tel 030 4213700

030 4212328

Fax 030 4213700

info@ubb.de

www.ubb.de

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
Boden & Identität.....	4
Was ist Landgrabbing?.....	5
Die Geschichte von Landgrabbing.....	6
Wo findet Landgrabbing statt?.....	7
Die Ursachen	9
Die Akteure	12
Argumente der Akteure.....	13
Folgen und Auswirkungen von Landgrabbing	15
Recht auf Nahrung	22
Menschenrechtsverletzung durch Landgrabbing.....	22
Welthunger-Index.....	23
Maßnahmen gegen Landgrabbing	24
Welche Maßnahmen müssten gegen Landraub ergriffen werden?.....	24
Was kann ich gegen Landraub unternehmen?.....	27
Politische Initiativen zum Thema Landgrabbing	28
„Landjäger – Europas Äcker im Ausverkauf“.....	28
EU Bericht Stand der Konzentration von Agrarland in der EU 03/2017.....	29
EU Studie Land grabbing and human rights. Mai 2016.....	30
Freiwillige UN-Richtlinien zur Stärkung von Kleinbauern und lokaler Bevölkerung.....	31
Initiativen von nichtstaatlichen Organisationen	33
HEKS.....	33
Afrique-Europe-Interact.....	34
Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.....	35
Grüne Liga Berlin e.V.....	36
Oxfam Deutschland e.V.....	37
FIAN Deutschland e.V.....	38
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.....	39
Weitere Institutionen.....	40
Beispielfälle von Landgrabbing International	41
Afrika.....	42

Äthiopien.....	44
Ghana.....	46
Kenia.....	47
Uganda.....	49
Sierra Leone, ein Land in Westafrika.....	50
Südostasien.....	52
Die Philippinen.....	52
Kambodscha.....	54
Indonesien.....	55
Indien.....	56
Landgrabbing in Europa.....	57
Das Beispiel Ukraine.....	59
Beispielfälle von Landgrabbing in Deutschland.....	61
Ein Kommentar von Annette Jensen 29.06.2022.....	61
Entwicklung der Pachtpreise in Deutschland.....	63
Dreister Deal der Münchener Rück.....	64
Fazit.....	65
Presse Artikel.....	67
Literatur.....	68
Filme / Dokumentationen.....	69
Weiterführende Links.....	70
Quellenangabe.....	71
Haftungsausschluss.....	72

Einführung

Boden & Identität

Fruchtbarer Boden wird oft mit fruchtbarer Erde oder Mutter Erde assoziiert. Er war und ist mehr als die Nahrung spendende Basis unserer Existenz. Er regelt nicht nur unsere Lebensrhythmen, sondern ist auch Symbol für Kultur und Identität und begleitet uns in Bräuchen, Legenden, der Baukunst und im alltäglichen Sprachgebrauch.

Boden, diese dünne Schicht aus Mineralien, organischer Substanz und Bodentieren, hat die kulturgeschichtliche Entwicklung der Menschheit schon immer maßgeblich beeinflusst. Von den alttestamentarischen Erzählungen, in denen Mensch und Ackerboden dasselbe Material als Grundlage haben, bis zum Konzept der Pachamama bei den indigenen Völkern Südamerikas, das den Erdboden als heilige Mutter betrachtet – der Mensch begreift die fruchtbare Erde als einen lebendigen Teil des Selbst. Er prägt unser Selbstverständnis und unsere Lebenswelt.

<https://www.grund-zum-leben.de>

Was ist Landgrabbing?

Unter Land Grabbing versteht man die teilweise illegitime oder illegale Aneignung von Land, oder gegen den Willen der lokalen Bevölkerung. Dabei handelt es sich meist um Agrarflächen oder Flächen die als Agrarland nutzbar gemacht werden können. Dies geschieht oft durch wirtschaftlich oder politisch starke Akteure wie z.B.: durch Groß- oder Kleinbauern, Großkonzerne, Regierungen, Staatsbedienstete, Investoren, Spekulanten oder Privatpersonen aus dem In- und Ausland.

Eine amtliche deutsche Übersetzung für den Begriff fehlt bisher. Für die illegale Form existiert der deutsche Begriff Landraub. Man könnte sicher auch Begriffe wie Landnahme oder Landgrabscherei verwenden oder es mit „nach Land greifen“ übersetzen.

Im weitesten Sinne kann man Landgrabbing auch als eine Fortsetzung der Kolonialpolitik mit anderen Mittel verstehen.



Quellen:

Land Grabbing, https://de.wikipedia.org/wiki/Land_Grabbing, 08.06.2017

Inga Michler, Ernst August Ginten, Landgrabbing: Investoren kaufen knappe Ackerflächen weltweit,

<https://www.welt.de/wirtschaft/article151170043/Ruecksichtslose-Jagd-auf-den-neuen-alten-Bodenschatz.html>, 14.06.2017

Die Geschichte von Landgrabbing

Um auf die Wurzeln von Landgrabbing zurück zu kommen muss man wohl bis zu den kolonialen Eroberungszügen zurückgehen. Seit dem 16. Jahrhundert kam es im Zuge dieser Feldzüge immer wieder zu großen Landnahmen.

Die Kirche rechtfertigte ausdrücklich die Eroberung, Kolonisierung und die Ausbeutung von „Nicht-Christen“ und ihrem Land durch päpstliche Dekrete. Kolonialherren standen unter dem Schutz bzw. Befehl ihrer jeweiligen Regierungen.

Eine Rechtsauffassung, die in der US-Gerichtsbarkeit bis in die Gegenwart Entscheidungen zu indigenen Landnahmen prägt, ist die Doctrine of Discovery. 1823 legte das US-amerikanische Höchstgericht fest: Das Prinzip der Entdeckung schließt das absolute Recht auf das eroberte Land in der Neuen Welt ein. Die Aneignung indigener Territorien wurde demnach als legitim erachtet.

England, Frankreich, Holland und die Vereinigten Staaten bezeichneten in der Folge indigene Territorien als „Land ohne Eigentümer“ d.h. als Land ohne europäisch anerkannte Rechtstitel. Indigene hatten nur Nutzungsrechte auf das von ihnen bewohnte Land, die aber aufgehoben werden konnten.

Eine der bedeutendsten Aneignungen von Land in der jüngeren Geschichte erfolgte im 19. und frühen 20. Jahrhundert auf dem Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten von Amerika. In verschiedenen Phasen erwarben dort bäuerliche Siedler, aber in großem Umfang auch Spekulanten und industrielle Akteure viele Millionen Hektar Land. Grundlage war u.a. der Homestead Act von 1862. Etwa seit Beginn der 1930er Jahre wird darüber geforscht, inwieweit es sich hier um eine zumindest illegitime Aneignung, eben ein Landgrabbing, gehandelt haben könnte.

Nicht nur in Amerika, sondern auch in Afrika und anderen Teilen der Welt haben fehlende oder nicht anerkannte Landurkunden bis heute gravierende Folgen für die lokale Bevölkerung.

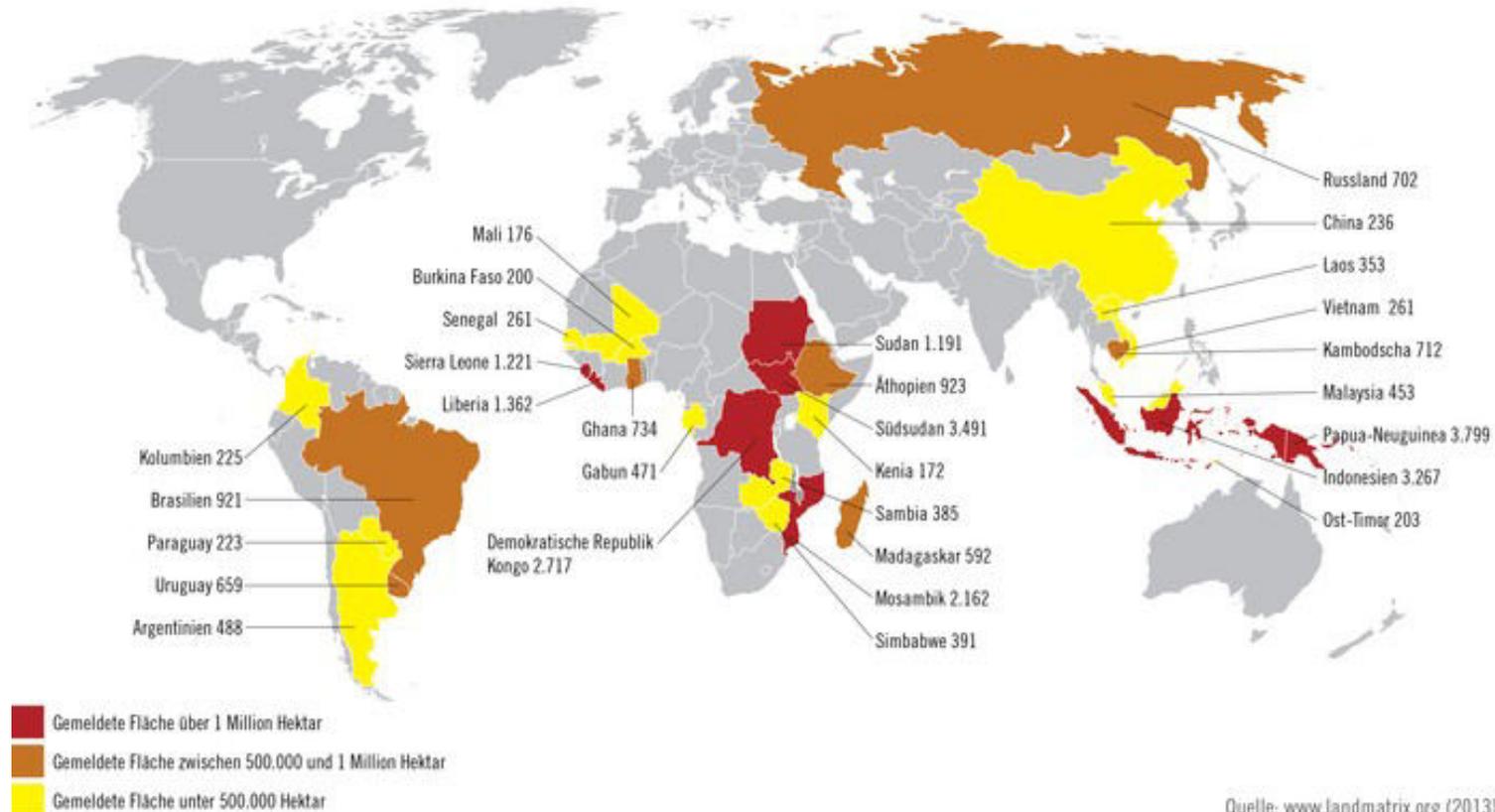
Landgrabbing ist also kein neues Phänomen, aber sowohl das Ausmaß als auch die Geschwindigkeit der Landaneignungen sind in den letzten Jahren rasant angestiegen.



Wo findet Landgrabbing statt?

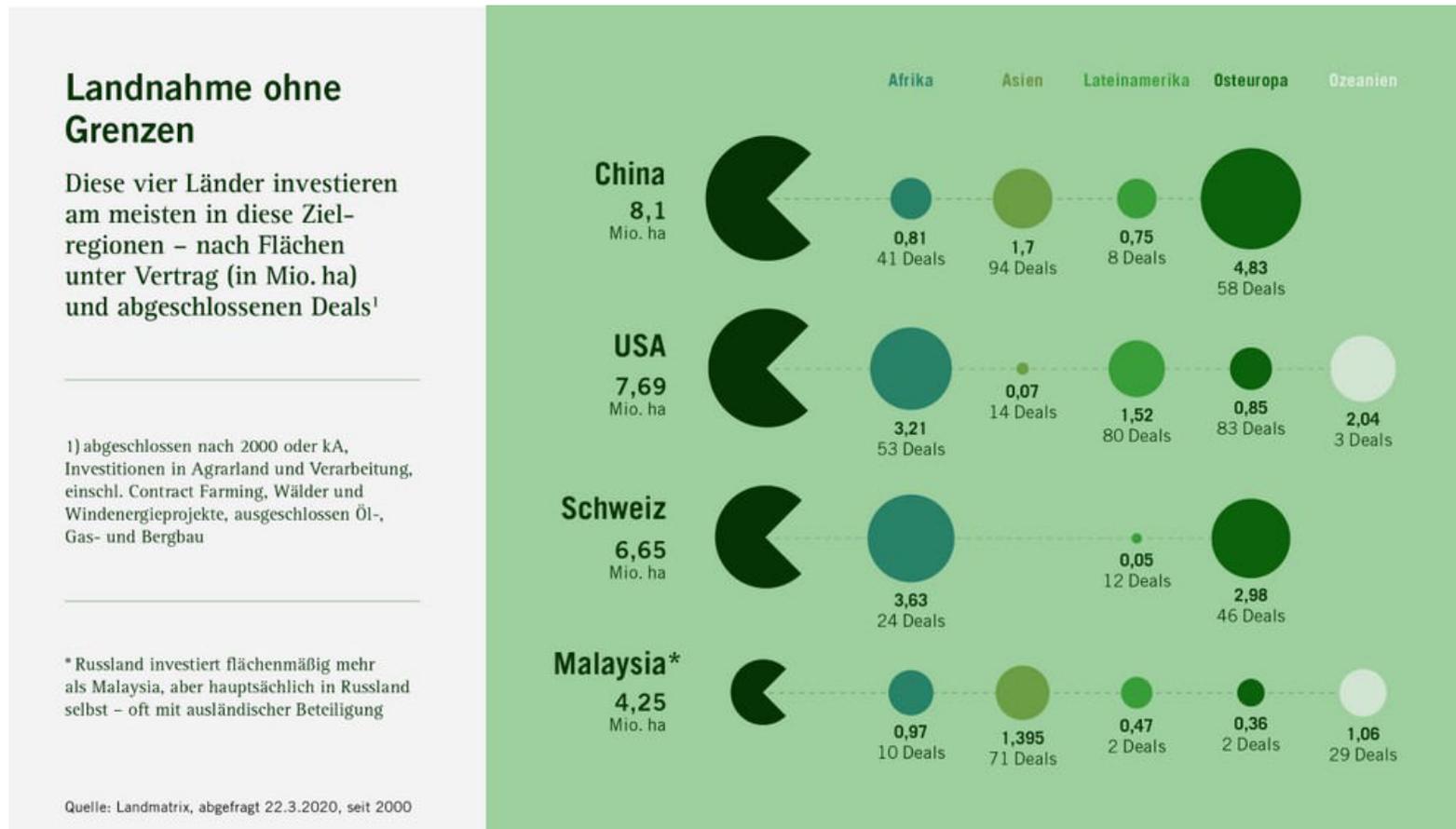
Betroffen sind zumeist Entwicklungs- oder Schwellenländer in Afrika, Asien und Südamerika, zunehmend auch Osteuropa. Aber auch in Ländern wie z.B. den USA hat Landgrabbing eine lange Geschichte. Eigentlich kann man sagen es findet weltweit statt, auch bei uns im Inland.

Großflächiger Landkauf und Pachtgeschäfte (in 1000 Hektar)



Die Zahlen und Fakten (soweit es verlässliche gibt) sind erschreckend. Zwar finden ca. 70% der Geschäfte in Afrika statt, aber auch in Europa ist ein regelrechter „Run“ auf Agrarflächen ausgebrochen.

Die Organisation Oxfam geht von einer sehr hohen Dunkelziffer aus. Sie spricht gar von mehr als 200 Millionen Hektar Land, die in den vergangenen Jahren in Entwicklungsländern verkauft oder langfristig verpachtet worden sind.
Zum Vergleich: Die landwirtschaftliche Nutzfläche aller 27 EU-Staaten zusammen beträgt rund 185 Millionen Hektar.



Die Ursachen

Warum finden Landinvestitionen in diesem Ausmaß statt?

1. Nachfrage nach Nahrungsmitteln:

Bis 2050 wird die Weltbevölkerung um 40 Prozent steigen, voraussichtlich auf über neun Milliarden Menschen. Länder wie Indien und China sind mit einer wachsenden Bevölkerung konfrontiert. Aber die fruchtbaren Böden dieser Länder, reichen nicht aus, um den Nahrungsmittelbedarf der steigenden Bevölkerung zu decken.

Vor diesem Hintergrund kaufen oder pachten staatliche und halbstaatliche Firmen mit Unterstützung der Regierungen große Ackerflächen in Drittländern. Die darauf angebauten Produkte sind fast ausschließlich für den Export bestimmt. Das heißt, sie werden in die Staaten der Investoren importiert und dienen so der Ernährungssicherheit dieser Staaten.

2. Veränderte Konsummuster:

Gruppen mit steigendem Einkommen essen mehr Fleisch- und Milchprodukte. Damit wächst der Futtermittelbedarf. Auch ein Großteil des Bedarfs der EU an Futtermitteln wird über Importe abgedeckt.

3. Sinkende Ernten:

Aufgrund von Klimawandel, Degradation der Böden (Erosion), Verstädterung, Wassermangel, etc. nehmen Erträge ab. Globale Erwärmung, kürzere Regenzeiten, der Anstieg des Meeresspiegels, zunehmende Dürren und Schädlingsbefall führen zu Ernteausfällen. Die eigenen Flächen reichen in der Zukunft nicht aus, deshalb investieren Konzerne und kapitalkräftige ressourcenarme Staaten in Länder, die über fruchtbares Ackerland und Wasser, aber nicht über Finanzmittel verfügen.

4. Unabhängigkeit vom Weltmarkt:

Staaten, die von Nahrungsmittelimporten abhängig sind, wie die Golfstaaten, waren bei der Ernährungskrise 2008 damit konfrontiert, dass die Lebensmittelpreise um bis zu 83 Prozent im Vergleich zu Vorjahren gestiegen sind. Um die Abhängigkeit von „fremden“ Firmen und Staaten zu verringern, investieren die Golfstaaten nun selber in Land z.B. in afrikanischen Ländern, um den Bedarf an Nahrungsmitteln der eigenen Bevölkerung nun selbständig abdecken zu können.



5. Nachfrage nach Agrotreibstoffen:

Die Europäische Union, USA, Brasilien und viele Schwellenländer haben Richtlinien erlassen und Beimischungsquoten festgesetzt, die vorgeben wie hoch der Anteil von Agrotreibstoffen ist, der dem fossilen Treibstoff beigemischt werden muss. Aktuell liegt die Quote bei 6 Prozent, bis 2030 soll sie auf 25 Prozent steigen. Einen Teil dieser Quote können die Konzerne bislang mit der Beimischung von Biosprit aus Nahrungs- und Futtermittelpflanzen erfüllen.

Die Nachfrage nach Agrotreibstoffe heizt den Weltmarkt und die Produktion an.

Jedoch Kritik wird immer lauter:

„Was auf dem Feld wächst, soll 100-prozentig zu Nahrung verarbeitet werden – und nicht zu Kraftstoffen“. Das Thema ist auch als "Tank-oder-Teller"-Debatte bekannt.

Ab 2023 möchte der Bund Kraftstoffe auf Palmölbasis nicht mehr fördern. Vorher hatte bereits die EU den Ausstieg aus der Palmöl-Förderung bis 2030 bekanntgegeben.

Die Gewinnung von Palmöl gilt als zerstörerisch für die Natur – deshalb möchte der Bund ab 2023 nur noch die Produktion von Biokraftstoffen unterstützen, die auf Basis von Abfall- und Reststoffen entstehen. Grundlage bildet das Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasreduzierungs-Quote (THG-Quote) vom Mai 2021. Das Gesetz verpflichtet die Treibstoffhersteller, den Anteil der klimaschädlichen Emissionen ihrer Kraftstoffe kontinuierlich zu senken.

6. Rohstoffpolitik:

Land Grabbing wird nicht nur durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe vorangetrieben. Auch zur Förderung fossiler und mineralischer Rohstoffe werden weltweit große Flächen Land an Konzerne vergeben. Durch die Umweltschäden wie Wasserverschmutzung im Umkreis großer Bergbauprojekte sind für die lokale Bevölkerung in der Regel keine landwirtschaftlichen Aktivitäten mehr durchführbar. Deren Einkommen können durch etwaige Entschädigungszahlungen zwar vorübergehend ansteigen, mittel- und langfristig wiegt der Verlust des Landes jedoch schwerer, da die Möglichkeit zur Selbstversorgung entfällt und angemessene Arbeitsmöglichkeiten nicht vorhanden sind. Das zunehmende Vordringen der Rohstoffindustrien in ökologisch sensible Gebiete verschärft die Situation zusätzlich.



7. Immobilien- und Finanzkrise:

Investoren suchen nach der Immobilien und Finanzkrise 2008 nach neuen Investitionsmöglichkeiten. Geld soll nun in sichere Anlagemöglichkeiten investiert werden. Steigende Nachfrage und zunehmende Konkurrenz um die knappen Ressourcen Wasser und Land, versprechen lukrative Gewinne. Hedgefonds und Banken investieren Geld in Landgeschäfte in der Hoffnung auf große Profite. Ackerland wird so zum Spekulationsobjekt. Angesichts mittelfristig steigender Agrarpreise wird das Interesse an Landgeschäften noch steigen. Der

in den letzten Jahren deregulierte intransparente internationale Finanzmarkt macht dies möglich. Aus Deutschland nennen Entwicklungsorganisationen (z.B. Oxfam) den Versicherungskonzern Allianz mit seiner Firmtochter Allianz Global Investors und die Fondsgesellschaft DWS der Deutschen Bank als Beteiligte.

Quelle: Brot für die Welt

Die Neoliberale Wirtschaftspolitik und Investitionsschutzabkommen

Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung, die Kernelemente der neoliberalen Wirtschaftspolitik, wurden ab den 1980er Jahren von Internationalem Währungsfonds (IWF) und der Weltbank unter maßgeblicher Führung der USA fast weltweit durchgesetzt. Diese langfristigen strukturellen Veränderungen stärkten und formalisierten die Privatisierung von Land und den internationalen Fluss von Investitionen. Heute unterstützen und legalisieren die neuen internationalen Freihandels- und Investitionsabkommen als Teil dieser neoliberalen Politik die Landnahme. Freihandelsabkommen wie NAFTA (North American Free Trade Agreement), das US-Peru-Freetrade Agreement und andere haben strenge Vorschriften, die es den InvestorInnen erlauben, Schadenersatz einzuklagen, wenn sie glauben, dass ihre Investitionen und Profite durch nationale Entscheidungen gefährdet werden könnten. Ende 2008 waren knapp 2.700 bilaterale Investitionsschutzabkommen in Kraft, wovon 42 Prozent zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern abgeschlossen worden waren. Landaufkäufe und Pachtverträge werden so mittels der Schutzvorschriften für Investitionen in den internationalen Handelsabkommen juristisch legitimiert und abgesichert. Diese Investitionsschutzabkommen sowie die allgemeine Privatisierung und Liberalisierung im globalen Wirtschaftssystem macht Land zu einer global handelbaren Ware und ermöglicht bzw. forciert Land Grabbing.

Die Akteure

Wer sind die Akteure? Die Länder, aus denen die Investitionen zur Landnahme stammen, lassen sich in drei Gruppen unterteilen:

Die expandierenden Länder Ostasiens: China, Südkorea und Japan. Diese Länder verzeichnen ein hohes Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum. Ihr Bedarf an Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen steigt. Mit der Produktion von Grundnahrungsmitteln in Drittländern für den eigenen Bedarf verfolgen sie das Ziel einer höheren Unabhängigkeit vom Weltmarkt.

Die zweite Gruppe sind die vom Nahrungsmittelimport abhängigen Golfstaaten. Sie verfügen über ein hohes Investitionskapital aus Ölgeschäften. Ihre Ackerland- und Wasserressourcen sind stark begrenzt. Auch diese Gruppe verfolgt mit der Landnahme eine höhere Unabhängigkeit vom Weltmarkt.

Die dritte Gruppe stellen die multinationalen Großkonzerne der Industriestaaten. Diese investieren hauptsächlich in Anbauflächen für Agrarrohstoffe. Europäische und nordamerikanische Agrarkonzerne sichern sich überwiegend Land zum Anbau von Pflanzen zur Energieproduktion (Mais, Zuckerrohr, Ölpflanzen).

Die Akteure lassen sich in staatliche, halbstaatliche und private InvestorInnen unterteilen. Teilweise sind es Regierungen, welche die Pachtverträge aushandeln. Oft sind es Staatsfonds, staatliche oder halbstaatliche Unternehmen, die als Investor auftreten, während private Unternehmen die Produktion übernehmen. Staatliche und halbstaatliche Akteure beim Land Grabbing finden sich vor allem in den ostasiatischen Staaten sowie den Golfstaaten. Die Mehrzahl der Landkäufe wird von multinationalen privaten Großkonzernen abgewickelt. Neben den privaten Konzernen sichern sich auch zunehmend Investmentfonds, Banken und Hedgefonds Ackerland in armen Ländern



Quelle: FDCL, <https://www.fdcl.org/themen/landnahme/info/akteure-beim-landgrabbing/>, 01.03.2018

Argumente der Akteure

Die Investoren suggerieren den von Land Grabbing Betroffenen in zahlreichen Fällen, dass sie von den Folgemaßnahmen Vorteile hätten.

Tatsächlich verbinden Einwohner von Entwicklungsländern mit dem Land Grabbing **Hoffnungen**:

- Sie hoffen auf eine Verminderung des Hungers in den betroffenen Regionen.
- Sie erwarten eine Stärkung der lokalen Wirtschaft und
- sie erwarten einen Technologietransfer, von dem auch der einheimische kleinbäuerliche Sektor profitiert.

Diese positiven Erwartungen werden jedoch durch **berechtigte Befürchtungen** überlagert:

- Die Kleinbauern in diesen Gebieten können nach Land Grabbing in die Bedeutungslosigkeit geschoben, als Produzenten verdrängt werden.
- Als Konsumenten sind sie gezwungen, die Preise für ihre Nahrungsmittel zu zahlen, welche ihnen die ausländischen Investoren diktieren.
- Das Ergebnis eines Land Grabblings wäre unter diesen Umständen keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Ernährungssituation; die Gier nach Land ruft Hunger hervor.
- Die Auswirkungen von Land Grabbing auf die Umwelt sind weitgehend ungeklärt. Möglich wäre z.B. eine regionale Verknappung des Wassers, bedingt durch den enormen Verbrauch für die großen Ländereien und das Roden erheblicher Waldflächen.

Vor- und Nachteile abwägen

Land Grabbing muss jedoch nicht von vornherein abgelehnt werden. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass im Rahmen der Entwicklungspolitik seine Vor- und Nachteile genau abgewogen werden und die Investoren internationaler Kontrolle unterliegen. Wenn Land Grabbing Bestandteil einer demokratischen Entwicklungspolitik sein soll, so müssten sich die Beteiligten an den folgenden Grundprinzipien orientieren:

- Partizipation und Transparenz der Verhandlungen. Das bedeutet vor allem, dass die betroffenen Landbewohner in die Verhandlungen einbezogen werden und diese auch verstehen und durchschauen können.
- Anerkennung bestehender Rechte. Land ist auf unserem Planeten in der Regel nicht herrenlos, sondern hat Besitzer oder zumindest Nutzer. Deren Rechte gilt es zu berücksichtigen.
- Kompensation. Wird die bisherige Nutzung von Ländereien durch Land Grabbing zum Nachteil der Bewohner verändert, so steht ihnen hierfür ein vollwertiger Ausgleich zu. Keinesfalls kann hierfür die Reservation von Ureinwohnern (Aborigines, „Indianer“) als Vorbild dienen.
- Gerechte Teilhabe der vom Land Grabbing Betroffenen am Nutzen der Investition.
- Nachhaltigkeit. Land Grabbing orientiert sich an relativ langen Zeiten. Daher sind seine längerfristigen Folgen für die Fläche und ihre Umwelt aus ökologischer Sicht zu bedenken und zu berücksichtigen.
- Das Menschenrecht auf Nahrung muss bei Land Grabbing unter allen Umständen gewährleistet sein.

<https://www.juraforum.de/lexikon/land-grabbing>

Folgen und Auswirkungen von Landgrabbing

Regierung und Investoren versuchen Landnahmen als Strategien der Armutsbekämpfung und Entwicklung des ländlichen Raums darzustellen. Fakt ist jedoch, dass neben massiven Menschenrechtsverletzungen wie brutalen Vertreibungen oder Zerstörungen von Reisfeldern auf den neuen Megaplantagen sehr viel weniger Menschen Arbeit finden als vorher in den bäuerlichen Strukturen. Viele Betroffene sind gezwungen in die wachsenden Slums der Städte abzuwandern und dort tagtäglich ums Überleben zu kämpfen.

Folgen

kurzfristig	mittelfristig	langfristig
<ul style="list-style-type: none">• Kleinbauer enteignet• Angepflanzten Monokulturen zerstören Artenvielfalt• Wasserverbrauch steigt	<ul style="list-style-type: none">• agrarindustrielle Großbetriebe verdrängen die kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft• Angepflanzten Monokulturen erfordern einen massiven Einsatz von Pestiziden• Versalzung und Verkrustung der oberen Bodenschichten	<ul style="list-style-type: none">• Gefährdung der Lebensgrundlage der heimischen Bevölkerung• Quellen und Brunnen als zentrale Wasserversorgung der heimischen Bevölkerung versiegen• Verschlechterung der Fruchtbarkeit des Bodensubstrats

Quelle: Landgrabbing Josef Blumers

Chancen und Risiken der Investitionen: Mehr Fluch als Segen für die lokale Bevölkerung

- Zugang zu Land geht verloren
- Zugang zu Wasser geht verloren
- Arbeitsplätze werden vernichtet
- Wegerechte werden eingeschränkt
- Technologietransfer findet nur selten statt
- Investitionen kommen den Menschen und ihren Bedürfnissen nicht zu Gute
- Umsiedlung und gewaltsame Vertreibung
- Gefährdung der Ernährungssicherheit
- Anstieg der Migration
- Ökologische Folgen

Zugang zu Land:

Konzerne oder Regierungen benutzen häufig als Argument für großflächige Landinvestitionen, das Vorhandensein von freien Flächen: ungenutztes Land, wenig genutztes Land und degradierte Flächen, so genanntes Ödland. Aber das gibt es nicht im behaupteten Ausmaß.

Wie hoch sind diese ungenutzten und unternutzten Flächen?

Weltweite Verfügbarkeit von Flächen, die für Pflanzenwachstum geeignet sind: 7 Milliarden Hektar Land. Davon landwirtschaftliche Nutzfläche, der Rest ist Wald, Savanne etc.: Davon 3 651 Millionen Hektar (also weniger als die Hälfte).

Fläche, die noch zu Verfügung steht (incl. für Infrastrukturprojekte, die ja oft auch auf fruchtbaren Böden erfolgen). Allerdings hängt die Gesamtfläche auch davon ab, wie viel Wald und Grasland noch nutzbar gemacht und wie die Infrastruktur ausgebaut wird, um auch Flächen zu nutzen, die weiter entfernt und weniger fruchtbar sind: 445- 1.700 Millionen Hektar

Außerdem sind Investoren oft an Ödland nicht interessiert. Sie suchen große Landflächen am Stück, die maschinell gut bearbeitet werden können, fruchtbar und gut bewässerbar sind und gut an Häfen oder Flughäfen angebunden sind.

Zugang zu Wasser:

Oft gehen Wasser-Grabbing oder Wasser-Raub und Landgrabbing Hand in Hand
Bewässerung der Plantagen (-> Versiegen von Brunnen)
Verschmutzung von offenen Gewässern (-> Fischfang, Trinkwasser)

Schaffung von Arbeitsplätzen:

Es werden nur relativ wenige Arbeitsplätze geschaffen. Fachkräfte kommen oft aus dem Ausland oder aus anderen Regionen. Die Produktion wird zum Großteil mit Maschinen erledigt.

Nach dem Bericht der Weltbank werden beispielsweise folgende Arbeitsplätze auf Plantagen geschaffen:

- 0,01 Arbeitsplätze/ Hektar auf einer Maisplantage,
- 0.35 Arbeitsplätze/ Hektar für Zuckerrohr (in Vertragslandwirtschaft, Kleinbauern arbeiten auf ihren Feldern und haben Verträge mit Firmen abschlossen).

Demgegenüber dient ein Hektar 1,25 kleinbäuerlichen Familien als Lebensgrundlage. (Quelle: HLPE- Report)
Leisten die Arbeitsplätze auf den Plantagen einen Beitrag zur Armutsverringern?

Brot für die Welt- Partner berichten:

In Indonesien arbeiten viele Menschen auf den Ölpalmplantagen für ein Gehalt, das unter dem nationalen Mindestlohn liegt. Viele Arbeiten werden unter starken gesundheitlichen Risiken durchgeführt. Pestizide werden ohne Schutzkleidungen und Einweisungen eingesetzt. Kinder arbeiten auf den Ölpalm-Plantagen mit, damit die Eltern den festgelegten Akkord schaffen können. Für die Kinder hat dies weitreichende Konsequenzen: sie gehen nicht zur Schule und haben damit dauerhaft keine Chance, der Armut zu entkommen. Sie können an schweren physischen Schäden erkranken (Haltungsschäden).

In Brasilien arbeiten rund eine Million ArbeiterInnen, oft unter sklavenähnlichen Bedingungen auf ZuckerrohrPlantagen und in Ethanolfabriken, um Agrokraftstoff zu produzieren. Die brasilianische Landpastorale (CPT) berichtet auch, dass in jeder Erntesaison einige von ihnen an Erschöpfung sterben. Die Akkorde sind sehr hoch, es gibt keine festen Arbeitsverträge und Sozialversicherungen. Auch Trinkwasser und Toiletten sind rar.

In Sierra Leone wurden auf der Zuckerrohrplantage die Arbeiter entlassen, bevor drei Arbeitsmonate vorüber waren. Somit wurden keine Sozialversicherungen für die Arbeiter fällig. Denn diese wären erst fällig geworden, wenn sie mehr als drei Monate gearbeitet hätten. Der ursprüngliche Vertrag war nicht auf drei Monate begrenzt.

Wegerechte werden eingeschränkt:

Oft wird der lokalen Bevölkerung kein Wegerecht eingeräumt. Die Menschen aus den Dörfern müssen weite Wege um die Plantagen herum auf sich nehmen.

Technologietransfer:

Die Produktionsweisen auf den großen Plantagen und die bäuerlichen Anbaumethoden könnten unterschiedlicher nicht sein. Erfahrungen zeigen, dass diese technischen Lösungen oft für kleinbäuerliche Betriebe nicht angepasst sind. Für eine Intensivlandwirtschaft fehlt ihnen häufig das Kapital für HochleistungsSaatgut sowie die dazu erforderlichen Dünger und Pestizide. Dies gilt selbst dann, wenn Kredite zur Verfügung gestellt werden. In der Folge verschulden Betriebe sich und gehen ein zu hohes Risiko ein, da mangelndes Wissen sowie fehlende Kenntnisse und die spezifischen Rahmenbedingungen ihnen keine ausreichenden Ernten ermöglichen.

Investition in Infrastruktur kommt der ländlichen Bevölkerung nicht zu Gute:

Die Straßen, die zu Häfen oder Flughäfen führen, um für den Export bestimmte Agrargüter in ihre Zielländer zu bringen, sind meist neu gebaut oder frisch geteert und befinden sich oft in einem sehr guten Zustand. Auch die Strom- und Telekommunikationsnetze funktionieren dort. Dagegen erleben die Dörfer, die sich etwas abgelegener von den Hauptstraßen befinden, oft keine Verbesserungen von Straßen und Infrastruktur.

Sonstige mögliche Konsequenzen: Der Pachtpreis, den die neuen Landbesitzer für das Land bezahlen, ist oft sehr gering. Den Investoren werden oft weitreichende Steuervergünstigungen eingeräumt. Kurzfristig ist (meistens) nicht davon auszugehen, dass der Staat dadurch größere Einnahmen erzielt.

Diese steuerlichen Vergünstigungen begünstigen Bodenspekulationen: viele der übertragenen Flächen liegen jahrelang ungenutzt brach, während den verdrängten Vornutzern der Landzugang verwehrt bleibt.

Umsiedlung und gewaltsame Vertreibung:

Im Zuge von Land Grabbing kommt es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen. Menschen werden von ihrem Land umgesiedelt, ohne dafür irgendeine Kompensation zu erhalten. Wenn Kompensationszahlungen geleistet werden, dann sind sie oft zu gering oder erreichen die Betroffenen nicht vollständig. Oder die Menschen werden mit Gewalt von ihrem Land vertrieben, wenn sie gegen ihre Umsiedlung protestieren.



Gefährdung der Ernährungssicherheit:

Die Pachtung von Land durch ausländische Konzerne wird die Ernährungssicherheit einiger Entwicklungsländer weiter destabilisieren.

Das Land, welches an ausländische InvestorInnen verpachtet wurde, kann nicht mehr zur Nahrungsproduktion für lokale Gemeinschaften verwendet werden.

Die Erträge des von ausländischen Großkonzernen bewirtschafteten Landes dienen größtenteils dem Export.

Die ohnehin schon zunehmend vom Nahrungsmittelimport abhängigen Länder des Südens sind nun noch stärker auf Importe angewiesen. Die Ernährungssicherheit ist in diesen Ländern damit gefährdet.



Anstieg der Migration:

Landgrabbing verursacht Vertreibung und Landflucht. Da für viele Menschen die Haupteinnahmequelle die Landwirtschaft ist, wird ihre Existenz gefährdet. Kleinbauernfamilien werden in Hilflosigkeit getrieben. Sie werden von den Ländereien verdrängt, wodurch ihr Überleben unmittelbar gefährdet wird. Ohne Land zum Nahrungsmittelanbau sind sie gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Bis zum Jahr 2050 könnten bis zu 200 Millionen Menschen zu heimatlosen Klimaflüchtlingen werden.

Der Entzug jeglicher Lebensgrundlagen durch höhere Gewalt ist in Österreich seit September 2017 nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Wien anerkannter Asyl-Grund.

Jedes Jahr fliehen fast doppelt so viele Menschen vor Umweltkatastrophen wie vor Krieg. Und weil fruchtbarer Boden immer weniger wird, versuchen Konzerne, sich möglichst viel davon zu sichern. Der Appetit der industrialisierten Staaten des Nordens und von Schwellenländern nach Soja, Raps, Zuckerrohr, Öl, Erzen und anderen Rohstoffen wächst ungebremst.

Ökologische Folgen:

Absehbar sind ökologische Schäden und Umweltzerstörungen, z.B. durch erhöhten Wasserverbrauch, durch Rodung von Waldgebieten oder die Übernutzung von Grenzstandorten. Die Biodiversität könnte abnehmen, Tier- und Pflanzenarten aussterben.

Die typische Bewirtschaftung der agroindustriellen Großplantagen durch ausgedehnte Monokulturen mit intensivem Pestizid- und Mineraldüngereinsatz bis hin zum Einsatz genetisch veränderten Saatguts birgt ein hohes Risiko negativer Auswirkungen auf Umwelt und lokale Bevölkerung.

Auswertungen von Satellitenbildern zeigen, dass fruchtbares Ackerland und Waldgebiete am meisten von Landraub betroffen sind. Ein Drittel der Landgeschäfte wirken sich negativ auf Naturwälder aus und richten somit erhebliche Umweltschäden an.

Für die Monokulturen wird der Wald abgeholzt, somit CO₂ freigesetzt und die Artenvielfalt zerstört. Für die Investoren lohnt es sich allerdings doppelt. Sie verdienen erst mit dem Verkauf des Holzes und später mit dem Anbau von Ölpalmen, Soja oder Zuckerrohr.

Die Monokulturen der industriellen Landwirtschaft schaden Mensch und Umwelt. Der einseitige Anbau und die wenigen Fruchtfolgen verändern das ökologische Gleichgewicht der Böden. Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel vergiften langfristig die Böden, das Grundwasser, die Naturpflanzen in der Umgebung und die ansässige Bevölkerung.

Negativ in der industriellen Landwirtschaft ist auch die zunehmende Ausbreitung der Gentechnologie. Das angeblich ertragssteigernde, genetisch veränderte Saatgut richtet bereits erhebliche Umweltschäden an und birgt immense Risiken, wenn es weiter verbreitet wird.

Ein weiterer Aspekt, sind die negativen Auswirkungen auf die regionalen Wasserressourcen. Die industrielle Landwirtschaft ist für 70 Prozent des weltweiten Wasserverbrauchs verantwortlich. Um den Ertrag der Monokulturen zu garantieren, müssen die Plantagen in großem Stil künstlich bewässert werden.

Quelle: fluchtgrund.de



Bewertung und Fazit:

Investitionen in die Landwirtschaft und in die ländlichen Räume werden tatsächlich benötigt, aber direkt bei den Menschen, die sich und ihre Regionen davon versorgen. Es sollte eingehend geprüft werden, ob die großflächigen Agrarinvestitionen, die auf die Anlegung von Monokulturplantagen abzielen, einen Beitrag zur Armutsreduzierung durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Belebung der ländlichen Räume erreichen können.

Erfahrungen aus der Praxis belegen, dass Investitionen in die industrielle Landwirtschaft nicht automatisch zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen vor Ort beitragen. Das Gegenteil ist oft der Fall.

Quelle: Brot für die Welt

Recht auf Nahrung

Menschenrechtsverletzung durch Landgrabbing

Land Grabbing verletzt das Menschenrecht auf angemessene Ernährung.

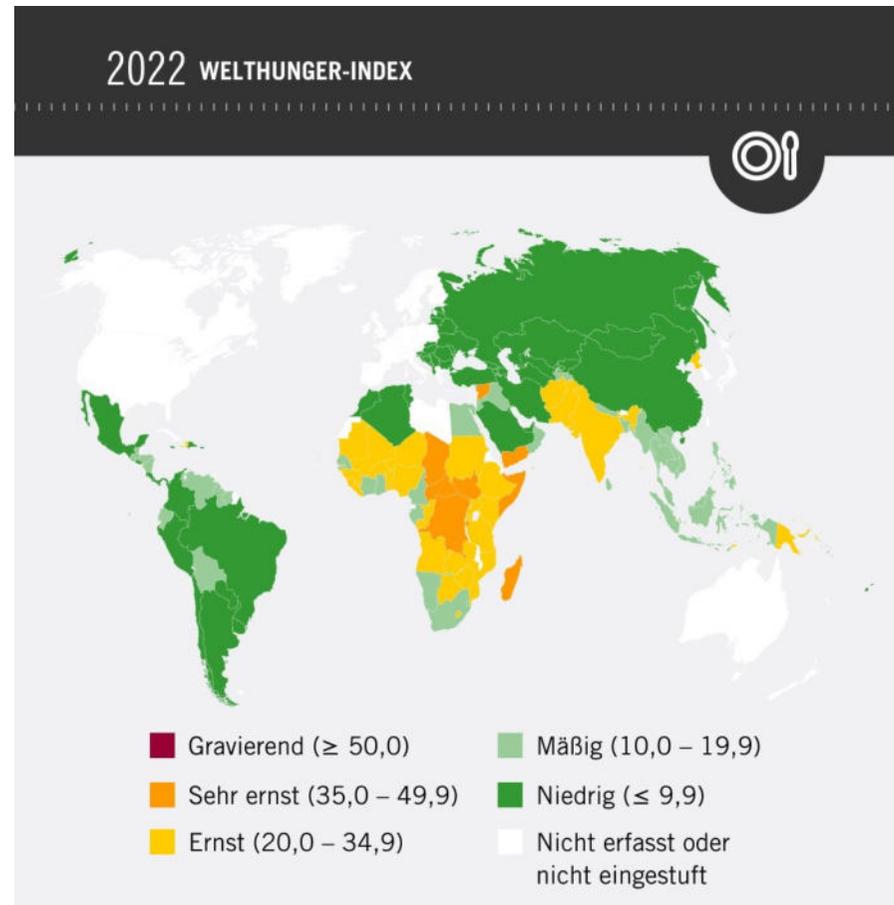
Dieses ist Teil des geltenden Völkerrechts und im Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ("Sozialpakt") von 1966 niedergelegt. Das Menschenrecht auf Nahrung verpflichtet die nationalen Regierungen die Ernährung ihrer BürgerInnen zu gewährleisten und zu sichern. Der Bevölkerung muss es möglich sein, sich durch eigene Produktion, durch Einkommen oder durch fremde Hilfe angemessen zu ernähren.

Die Regierungen sind verpflichtet dieses Recht gegenüber einschränkenden Interventionen Dritter zu schützen. Die internationale Staatengemeinschaft muss nationale Regierungen bei der Umsetzung des Rechts auf Nahrung unterstützen. Weltweit können genügend Nahrungsmittel produziert werden, um alle Menschen angemessen zu ernähren. Das Problem liegt in der unzureichenden Verteilung von Nahrung. Hunger ist ein politisches Problem, das an seinen sozialen, politischen und ökonomischen Ursachen bekämpft werden muss. Das Recht auf Nahrung muss einklagbar sein. Menschenrechte müssen Vorrang vor Handelsrechten oder Investitionsabkommen haben.



Quelle: <http://land-grabbing.de/land-grabbing/>, 28.02.2018

Welthunger-Index



Maßnahmen gegen Landgrabbing

Welche Maßnahmen müssten gegen Landraub ergriffen werden?

Sichere Besitzrechte

Respektieren, schützen und stärken Sie die Landrechte von Frauen und Männern, die in Armut leben, und stellen Sie sicher, dass niemand der Nutzung und Kontrolle des Landes beraubt wird, von dem ihr Wohlergehen und ihre Menschenwürde abhängen, einschließlich durch Vertreibung, Vertreibung oder Ausgrenzung, und mit obligatorischen Änderungen der Amtszeit, die nur im Einklang mit internationalem Recht und Menschenrechtsstandards vorgenommen werden.

Starke landwirtschaftliche Systeme im kleinen Maßstab

Gewährleistung einer gerechten Landverteilung und öffentlicher Investitionen, die kleinbäuerliche landwirtschaftliche Systeme unterstützen, unter anderem durch umverteilende Agrarreformen, die einer übermäßigen Landkonzentration entgegenwirken, für eine sichere und gerechte Nutzung und Kontrolle von Land sorgen und landlosen ländlichen Erzeugern und Stadtbewohnern angemessenes Land zuweisen Unterstützung von Kleinbauern als Investoren und Produzenten, etwa durch genossenschaftliche und partnerschaftliche Geschäftsmodelle.

Diverse Tenure-Systeme

Erkennen und schützen Sie die unterschiedlichen Besitz- und Produktionssysteme, von denen die Lebensgrundlagen der Menschen abhängen, einschließlich der kommunalen und üblichen Besitzsysteme von Kleinbauern, indigenen Völkern, Hirten, Fischern und Inhabern von sich überschneidenden, wechselnden und periodischen Rechten auf Land und andere natürliche Ressourcen wenn diese nicht gesetzlich anerkannt sind, und gleichzeitig anerkennend, dass das Wohlergehen der Ressourcennutzer durch Veränderungen jenseits der Grenzen des Landes, auf das sie Eigentumsrechte haben, beeinträchtigt werden kann.

Gleiche Landrechte für Frauen

Gewährleistung von Geschlechtergerechtigkeit in Bezug auf Land, Ergreifen aller erforderlichen Maßnahmen, um sowohl die rechtliche als auch die tatsächliche Gleichstellung zu erreichen, die Fähigkeit von Frauen zu verbessern, ihre Landrechte zu verteidigen und gleichberechtigt an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, und sicherzustellen, dass sie die Kontrolle über Land und die Vorteile haben die sich daraus ableiten, einschließlich des Erb- und Vererbungsrechts.

Territoriale Rechte für indigene Völker sichern

Respektieren und schützen Sie die angeborenen Land- und Territorialrechte indigener Völker, wie sie in der ILO-Konvention 169 und der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker festgelegt sind. Achten Sie das indigene Wissen und der indigenen Kulturen einschließlich der Anerkennung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung und einer angemessenen Bewirtschaftung.

Lokal verwaltete Ökosysteme

Stärkung der Rolle der lokalen Landnutzer im Territorial- und Ökosystemmanagement, in der Erkenntnis, dass nachhaltige Entwicklung und die Verwaltung von Ökosystemen am besten durch partizipative Entscheidungsfindung und Management auf territorialer Ebene erreicht werden können, indem lokale Landnutzer und ihre Gemeinschaften mit den erforderlichen Befugnissen ausgestattet werden und Anreize, diese Verantwortung wahrzunehmen.

Inklusive Entscheidungsfindung

Stellen Sie sicher, dass Entscheidungsprozesse in Bezug auf Land integrativ sind, sodass Richtlinien, Gesetze, Verfahren und Entscheidungen in Bezug auf Land die Rechte, Bedürfnisse und Bestrebungen von Einzelpersonen und Gemeinschaften, die davon betroffen sein werden, angemessen widerspiegeln. Dies erfordert die Ermächtigung derjenigen, die sonst bei der Vertretung ihrer Interessen auf Einschränkungen stoßen würden, insbesondere durch die Unterstützung von Landnutzer- und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die am besten in der Lage sind, marginalisierte Landnutzer zu informieren, zu mobilisieren und legitim zu vertreten, und ihre Beteiligung an Multi-Stakeholder Plattformen für den politischen Dialog.

Transparente und zugängliche Informationen

Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftspflicht durch ungehinderten und rechtzeitigen Zugang der Öffentlichkeit zu allen Informationen, die zu einer informierten öffentlichen Debatte und Entscheidungsfindung über Landfragen in allen Phasen beitragen können.

Wirksame Maßnahmen gegen Land Grabbing

Verhindern und bekämpfen Sie Landraub, respektieren Sie traditionelle Landnutzungsrechte und lokale Lebensgrundlagen und stellen Sie sicher, dass alle groß angelegten Initiativen, die die Nutzung von Land, Wasser und anderen natürlichen Ressourcen beinhalten, die Menschenrechte und Umweltverpflichtungen einhalten und auf Folgendem beruhen: vorherige und informierte Zustimmung bestehender Landnutzer; eine gründliche Bewertung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Auswirkungen in Bezug auf Frauen und Männer; demokratische Planung und unabhängige Aufsicht; und transparente Verträge, die Arbeitsrechte respektieren, soziale und steuerliche Verpflichtungen einhalten und die Aufteilung von Verantwortlichkeiten und Vorteilen spezifisch und bindend sind.

Verteidiger von geschützten Landrechten

Respektieren und schützen Sie die bürgerlichen und politischen Rechte von Menschenrechtsverteidigern, die sich mit Landfragen befassen, bekämpfen Sie die Stigmatisierung und Kriminalisierung von friedlichem Protest und Landrechtsaktivismus und beenden Sie die Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Belästigung, Drohungen, Gewalt und politischer Inhaftierung.

Quelle: Landcoalition.org

Was kann ich gegen Landraub unternehmen?

Jeder kann gegen Landraub aktiv werden.

- Vermeiden Sie Geldanlagen in Agrar- oder Rohstofffonds.
- Unterstützen Sie Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen bei deren Arbeit. Sie können sich an Petitionen beteiligen oder die Arbeit mit einer Spende fördern.
- Klären Sie in Ihrer persönlichen Umgebung über das Phänomen Landraub auf.
- Kaufen Sie Nahrungsmittel aus regionalem Anbau.
- Achten Sie beim Einkauf auf die Herkunft der Produkte und ob diese ein Öko- oder Bio Label haben.
- Essen Sie weniger Fleisch.

Quelle: www.regenwald.org

Politische Initiativen zum Thema Landgrabbing

„Landjäger – Europas Äcker im Ausverkauf“

Zitat:

„Wir müssen in Europa wieder auf den Boden der Tatsachen kommen. Die Landwirtschaft verliert ihre Bäuerinnen und Bauern. Das Modell der bäuerlichen europäischen Landwirtschaft steht infrage. Es gibt einen schleichenden Prozess der Landkonzentration, der die bäuerliche Landwirtschaft und damit die Zukunft einer vielfältigen und nachhaltigen Bewirtschaftung unseres Landes untergräbt. Bäuerinnen und Bauern verlieren zunehmend den Boden, auf dem sie wirtschaften, unter ihren Füßen.

Moderne Landjäger, oft Kapitalgesellschaften, kaufen Land und wetten auf die zukünftige Teuerung von Lebensmitteln und Rohstoffen. Bedrohlich ist bei diesem Prozess, dass er in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird und es auch kaum verlässliche Daten über diese Veränderungen gibt. Das muss sich dringend ändern.

Landübernahmen sehen in Europa anders aus als etwa in Afrika. Landkonzentration geht in der EU in der Regel legal über die Bühne. Aber es gibt große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in der Verteilung von und dem Zugang zu Land. Wer als Bauer überleben will, muss heute fast überall weiter wachsen und dafür an das nötige Land herankommen. Wer neu in die Landwirtschaft einsteigen will, hat kaum noch eine Chance, wenn er nicht von den Eltern erbt. Land ist zunehmend Anlage und Spekulationsobjekt geworden und nicht mehr in erster Linie Grundlage bäuerlicher Bewirtschaftung.

Gleichzeitig weitet sich die agrarindustrielle Erzeugung in immer größeren landwirtschaftlichen Strukturen aus. Das bedroht die Artenvielfalt, das Grundwasser, unsere ländlichen sozialen Strukturen und die Qualität der Lebensmittel.

Land, Grünland und Ackerboden sind keine Handelsware, sondern bäuerliche Lebensgrundlage. Verantwortliches Handeln heißt, achtsam mit dem Boden umzugehen, die Bodenfruchtbarkeit zu steigern und einen gerechten Zugang zu Boden für die Menschen, die auf ihm leben, zu sichern. Die Landverteilung und der Zugang zu Land sind deshalb gesellschaftspolitische Fragen, die in demokratische Entscheidungsprozesse gehören, nicht an die Börse. Boden ist keine beliebige Ware!

Maria Heubuch“

EU Bericht Stand der Konzentration von Agrarland in der EU 03/2017

Landkonzentration – ein europäisches Thema:

Themen wie „Land Grabbing“ und Landkonzentration wurden lange mit den Ländern des Südens der Erde in Verbindung gebracht. Doch bei genauer Betrachtung muss festgestellt werden, dass die Konzentration von Agrarflächen auch seit Jahren ein europäisches Thema ist.

Von Landkonzentration wird gesprochen, wenn der Handel mit landwirtschaftlichen Nutzflächen mit einer Größenordnung des Landerwerbs einhergeht, welche in Europa unüblich ist.

Zahlen von 2010 zeigen, dass in der EU-27 bereits etwa 3 % der landwirtschaftlichen Betriebe 50 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche kontrollierten und im Gegensatz dazu im Jahr 2012 80 % der Betriebe lediglich über 12 % des Agrarlandes verfügten.

Der Konzentrationsgrad von Agrarland in Europa ähnelt der ungleichen Verteilung von Landbesitz in Ländern wie beispielsweise Brasilien, Kolumbien und den Philippinen.

Agrarland ist keine normale Handelsware, denn Boden ist nicht vermehrbar und der Zugang dazu ist ein Menschenrecht. Die Konzentration von Agrarland in den Händen einiger weniger Akteure ist mit tiefgreifenden sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Auswirkungen in allen EU-Mitgliedsländern verbunden.

Ähnlich wie die Konzentration von Geldvermögen spaltet eine zu hohe Konzentration von landwirtschaftlicher Fläche die Gesellschaft, destabilisiert den ländlichen Raum, gefährdet die Ernährungssicherheit und damit die ökologischen und sozialen Ziele Europas.

Allgemein besteht ein Mangel an umfassenden, transparenten, aktuellen, hochwertigen und europaweit einheitlichen Daten über Preis- und Mengenbewegungen auf dem europäischen Bodenmarkt. Dies gilt sowohl für Boden- und Anteilsverkäufe als auch für die Pachtpreise.

Quelle: Europäisches Parlament



EU Studie Land grabbing and human rights. Mai 2016

Link zur Studie: http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578007/EXPO_STU%282016%29578007_EN.pdf

Die Menschenrechtsorganisation FIAN Titelt dazu:

„Neue EU-Studie: Europa zentraler Akteur beim globalen Land Grabbing“

Studie des Europaparlaments unterstreicht zentrale Rolle Europas bei der globalen Jagd nach Land.

Brüssel/Wien, 14. Juni 2016. Auf Anfrage des Europaparlaments hat das niederländische Institute for Social Studies (ISS) zusammen mit der Menschenrechtsorganisation FIAN eine umfassende Bestandsaufnahme zur Beteiligung europäischer Firmen und Finanzakteure beim globalen Land Grabbing vorgelegt. Das Ergebnis der Studie: Die Rolle Europas bei Landnahmen und Menschenrechtsverletzungen wird weit unterschätzt.

„Europäische Firmen und Finanzinvestoren nutzen viele unterschiedliche Wege, um Land Grabbing zu betreiben“, so Mitautor Roman Herre von der Menschenrechtsorganisation FIAN. „Wir haben Fälle gefunden, bei denen mehr als zehn europäische Akteure beteiligt sind.“

Angesichts der undurchdringbaren Finanzierungs- und Beteiligungsstrukturen sind vollständige Daten zur Beteiligung europäischer Akteure jedoch nicht zu ermitteln. „Wir gehen davon aus, dass die in der Studie ermittelten 5,8 Millionen Hektar Land, die sich europäische Akteure in 323 Fällen außerhalb Europas angeeignet haben, nur die Spitze des Eisberges sind“,[...]

Link zum kompletten Artikel: <https://fian.at/de/artikel/neue-eu-studie-europa-zentraler-akteur-beim-global/>

Freiwillige UN-Richtlinien zur Stärkung von Kleinbauern und lokaler Bevölkerung

Im Mai 2012 haben die 128 Länder im UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit (Committee on World Food Security – CFS) einstimmig eine Richtlinien beschlossen, um die lokale Bevölkerung zu schützen.

Die freiwilligen Leitlinien regeln detailliert, wie verantwortungsvoll mit Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern umgegangen werden soll. Es geht um mehr Transparenz bei Landinvestitionen, um Mitspracherechte für die Bevölkerung und vor allem darum, die Position der lokalen Kleinbauern zu stärken. Oft besitzen sie nämlich nur informelle Landrechte - und keine offiziellen Landtitel.

"Der Kernpunkt ist, dass alle Nutzungsrechte an Land und anderen Ressourcen von Menschen anerkannt werden sollen, und dass diese Menschen darüber auch einen Nachweis haben.

Quelle: DW, <http://p.dw.com/p/14u8h>, 22.02.2018

Die praktische Umsetzung der Freiwilligen Leitlinien

Das BMEL unterstützt die Umsetzung der Freiwilligen Leitlinien mit konkreten Projekten im Rahmen des [Bilateralen Treuhandfonds mit der FAO](#).

Die Organisation Oxfam meint dazu: Zu schwach, zu vage, zu inkohärent

- Die Prinzipien verweisen zwar wiederholt auf die Menschenrechte, untergraben diese aber, indem sie diese dem Primat des Freihandels unterordnen. Freihandels - und Investitionsabkommen nehmen Regierungen den politischen Spielraum für verantwortungsvolle Investitionen und schützen einseitig die Interessen von Investoren.
- Die Prinzipien überlassen es den Investoren zu entscheiden, welche der zehn Prinzipien für ihre Investition relevant sind. Die Zivilgesellschaft hatte sich zudem dafür eingesetzt, dass diese Prinzipien für alle Investitionen gelten. Stattdessen beschreiben die Prinzipien nur was „verantwortungsvolle“ Investitionen sind.
- Die Prinzipien beinhalten keine ambitionierten Schritte, um Landgrabbing zu stoppen. Sie erkennen beispielweise nicht die Notwendigkeit an, dass betroffene Gemeinden sich gegen Landnahmen wehren können. Für Investoren ist keine freie, frühzeitige und informierte Zustimmung von betroffenen Gemeinden festgeschrieben („Free Prior and Informed Consent“).
- Die Prinzipien unterscheiden nicht zwischen den Umweltauswirkungen verschiedener landwirtschaftlicher Produktionssysteme und priorisieren nicht agrar-ökologische Anbauverfahren. Zudem sind die Bestimmungen schwach, wenn es um die Vermeidung von Umweltschäden und die Reduzierung von Treibhausgasemissionen durch die Abholzung und die industrielle Landwirtschaft geht.
- Sie geben keine Orientierung bei den sog. „landwirtschaftlichen Innovationen“ wie Public Private Partnerships, und Vertragsanbau und enthalten einige Bestimmungen, die Wirtschaftsinteressen höher bewerten als Ernährungssicherungsziele.
- Schließlich gibt es weder einen klaren Prozess für das Monitoring und die Evaluierung dieser neuen Politiken noch starke Rechenschaftspflicht-Mechanismen für jene, die sie umsetzen müssen.

Die Prinzipien werden nicht dazu beitragen, die Ernährung global zu sichern.

Quelle: Oxfam, <https://www.oxfam.de/blog/neue-un-prinzipien-agrarinvestitionen-foerdern-greenwashing>, 22.02.2018

Bisher haben sich diese Richtlinien kaum als hilfreich erwiesen da Regierungen eigenständig entscheiden und sich kaum jemand daran hält. Ausmaße und Geschwindigkeit von Landgrabbing haben seitdem noch mal drastisch zugenommen.

Initiativen von nichtstaatlichen Organisationen

HEKS

HEKS engagiert sich zusammen mit seinen Partnerorganisationen im Süden gegen die großflächige Landnahme und die auf Profit ausgerichtete Landwirtschaft als deren Treiber.

Das tut Heks:

- **Vernetzung gegen Landgrabbing fördern:** HEKS unterstützt verschiedene Partnerorganisationen in Westafrika sowie in Indonesien, die sich gegen Landgrabbing wehren und die betroffene Bevölkerung dabei unterstützen, ihren Zugang zu Land sicherzustellen. HEKS organisiert Workshops und Initiativen, an denen die Organisationen und betroffene Leute ihre Erfahrungen austauschen und sich vernetzen können.
- **Landgrabbing in der Schweiz thematisieren:** Als erste Organisation in der Schweiz hat «Brot für alle» Landgrabbing in der Öffentlichkeit und in den Medien zum Thema gemacht. HEKS untersucht, welche Firmen in der Schweiz Land Grabbing betreiben oder dies unterstützen, macht Recherchen und unterstützt die betroffenen Leute konkret. Mit dieser Arbeit ändern wir die Strukturen, die zu Landgrabbing führen.
- **Geldströme für Landgrabbing-Projekte unterbinden:** «Brot für alle» hat immer wieder die finanziellen Beteiligungen von Schweizer Banken und der öffentlichen Hand an Landgrabbing-Projekte öffentlich gemacht und macht Druck, damit keine öffentlichen Schweizer Gelder in Landgrabbing-Projekte fließen.
- **Bäuerliche Landwirtschaft stärken:** HEKS setzt sich für einen Richtungswechsel in der Landwirtschaft ein. Denn das aktuell dominierende industrielle Landwirtschaftsmodell, das auf großen Flächen mit dem intensiven Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln Agrarrohstoffe produziert für möglichst einen hohen privaten Profit, ist massgeblich mitverantwortlich für Landgrabbing.
- **Pionierarbeit gegen Landgrabbing unterstützen:** Auf internationaler Ebene arbeitet HEKS mit der Nichtregierungsorganisation Grain zusammen. Nebst Analysen und der Zusammenarbeit mit zahlreichen Bauernorganisationen führt Grain die Website farmlandgrab.org auf der umfassende Informationen zu Landgrabbing weltweit aufgeführt sind. Für ihr Engagement wurde die Organisation 2010 mit dem alternativen Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

<https://www-heks-ch.translate.google/themen/land-und-nahrung/landgrabbing?>

Afrique-Europe-Interact

Afrique-Europe-Interact ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist_innen vor allem in Mali, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, Migrant_innen und Abgeschobene.

Programmatisch verfolgt Afrique-Europe-Interact insbesondere zwei Zielsetzungen: Einerseits unterstützen sie Flüchtlinge und Migrant_innen in ihren Kämpfen um Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte – ob in den Ländern des Maghreb, auf dem Mittelmeer oder innerhalb der Festung Europa. Andererseits sind sie an sozialen Auseinandersetzungen um gerechte bzw. selbstbestimmte Entwicklung beteiligt. Denn das Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit ist nur die eine Seite der Medaille. Nicht minder wichtig ist das Recht zu bleiben, also die Möglichkeit, zu Hause bzw. im Herkunftsland ein Leben unter sicheren, würdigen und selbstbestimmten Bedingungen führen zu können.

Ihr Netzwerk ist u.A. gegen neokolonialen Landraub bzw. Landgrabbing aktiv, also den Ausverkauf großer Wald-, Acker- und Weideflächen an global operierende Banken, Investmentfonds und Konzerne – eine Entwicklung, die unter anderem in Mali zur Vertreibung zahlreicher Kleinbauern- und bäuerinnen von ihren Feldern und Weiden geführt hat.

Quelle: <https://afrique-europe-interact.net/38-0-Unser-Netzwerk.html/>, 22.02.2018



Koordination des
Netzwerks (NoLager
Bremen):

Mail:
info@afrique-europe-interact.net

Tel.: +49
015152527776

Bündnis Junge Landwirtschaft e.V

Der Verein besteht aus einer bunten Mischung aus Menschen, die sich für eine gute Landwirtschaft einsetzen. Es sind Junglandwirtinnen, Studentinnen, Handwerkerinnen, Händlerinnen, Bierbrauerinnen, Imkerinnen, Köchinnen, Melkerinnen, Politikerinnen und Freundinnen. In Brandenburg und Berlin verstreut wohnhaft setzen sie sich für die Interessen von jungen Gründerinnen in der Landwirtschaft ein.

Für eine bäuerliche Agrarkultur in Ostdeutschland – Für eine faire Bodenvergabe!

Aufruf von Jungbbäuer*innen, Student*innen und Auszubildenden an die Agrar- und Finanzminister der Länder und des Bundes

Die Agrarstruktur in Ostdeutschland ändert sich rasant. Spekulation und „Landgrabbing“ außerlandwirtschaftlicher Investoren sorgen für explodierende Bodenpreise und Großbetriebe, denen es nur um kurzfristige Gewinne und das Abschöpfen von Subventionen geht. Sie agieren ohne regionale Verankerung und Wertschöpfung. Umweltschutz, Nachbarschaftshilfe oder die Lebensqualität ländlicher Regionen, sowie soziale Strukturen spielen für diese Investoren eine marginale Rolle. [...]

Quelle: <http://www.stopp-Landgrabbing.de/>, 16.02.2018



BÜNDNIS JUNGE
LANDWIRTSCHAFT
e.V
c/o Zukunftsstiftung
Landwirtschaft
Marienstraße 19-20
10117 Berlin

Grüne Liga Berlin e.V.

Die GRÜNE LIGA Berlin ist eine Nichtregierungsorganisation, die gesellschaftliche und umweltrelevante Bewegungen in Berlin unterstützt, koordiniert und berät sowie bundesweit eigene Projekte und Aktionen initiiert und durchführt. Dadurch wirkt die GRÜNE LIGA Berlin bei der ökologischen Umgestaltung Berlins und der Gesellschaft maßgeblich mit. Zahlreiche Projekte und Aktionen der GRÜNEN LIGA Berlin zur Umweltbildung, Seminare und Beratungen zu stadtgärtnerischen Themen und bundesweite und internationale Kongresse und Plattformen fördern eine nachhaltige und ökologische Stadtentwicklung.

Mit zahlreichen Veranstaltungen und Kongressen, die sich über viele Jahre etabliert haben, unterstützt die GRÜNE LIGA Berlin eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung der Gesellschaft: Neben dem Ökomarkt am Kollwitzplatz in Berlin-Prenzlauer Berg und dem jährlichen Umweltfestival mit rund 70.000 Besucherinnen und Besuchern am Brandenburger Tor führt sie den bundesweiten Netzwerk21Kongress, einen Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokales Nachhaltigkeitsengagement sowie 2017 erstmals eine Internationale Urban Farming Konferenz durch.

Darüber hinaus engagiert sich die GRÜNE LIGA in aktuellen umweltpolitischen Prozessen und Kampagnen wie etwa für eine umweltfreundliche Energiepolitik, eine ökologische Landwirtschaft oder ein nachhaltiges Wassermanagement.

Quelle: <https://www.grueneliga-berlin.de/ueber-uns/>, 16.02.2018



GRÜNE LIGA Berlin
e.V.
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin

Tel.: 030-44 33 910
Fax: 030-44 339133

berlin@grueneliga.de
www.grueneliga-berlin.de

Oxfam Deutschland e.V.

Oxfam ist ein international tätiger Verein der mit rund 3.500 Partnerorganisationen in mehr als 90 Ländern kooperiert. Der Verein arbeitet zu den Themen Bildung und Gesundheit garantieren, Ernährung sichern, Frauenrechte stärken, Gerechtigkeit schaffen, Klima und Ressourcen schützen sowie Leben retten.

Jeder dritte Mensch auf der Welt lebt in Armut. Oxfam ist fest entschlossen, dies zu ändern. Der Verein mobilisiert weltweit Menschen, um Armut zu überwinden.

Klima und Ressourcen schützen

Oxfam fordert Regierungen auf, den Klimaschutz oben auf die Agenda zu setzen und arme Länder bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Bildung und Gesundheit garantieren

Oxfam setzt sich weltweit für gebührenfreie soziale Dienste wie Bildung und Gesundheit ein. Gemeinsam mit lokalen Partnern wird daran gearbeitet, nationale Systeme zu verbessern.

Frauenrechte stärken

Auf politischer Ebene und gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen setzt sich Oxfam für die Stärkung der Frauenrechte weltweit ein.

Ernährung sichern

Oxfam unterstützt Kleinbäuerinnen und Kleinbauern dabei, ihre Ernten nachhaltig zu steigern und ihre Produkte unter fairen Bedingungen zu vermarkten.

Gerechtigkeit schaffen

Oxfam setzt sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und existenzsichernde Einkommen weltweit ein. Internationale Konzerne müssen fair besteuert werden.



Oxfam Deutschland
e.V.
Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Tel. 030-453069-0
Fax 030-453069-401

Mail: info@oxfam.de
www.oxfam.de

FIAN Deutschland e.V.

FIAN Deutschland ist Teil von FIAN International, dem FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk, das 1986 gegründet wurde.

FIAN Deutschland fordert insbesondere die Verantwortung deutscher Politik und deutscher Unternehmen für das weltweite Menschenrecht auf Nahrung ein. FIAN Deutschland besteht aus rund 1.300 Mitgliedern, aus Lokalgruppen und Arbeitskreisen, einem ehrenamtlichen Vorstand und der Geschäftsstelle. Hinzu kommen viele Aktive, die sich an Eilaktionen beteiligen, Vorträge halten, beraten, übersetzen, spenden oder FIAN auf andere Weise ehrenamtlich unterstützen.

FIAN engagiert sich für eine Welt, die frei von Hunger ist und in der jede Person Zugang zu den Ressourcen hat, die ihr ein Leben in Würde ermöglichen.

Ausgehend von der Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte kämpft FIAN für die weltweite Verwirklichung des Rechtes auf Nahrung. Das schließt die Möglichkeit eines jeden Menschen ein, vor nationalen und internationalen Gerichten zu klagen, wenn dieses Recht verletzt wird.

Gemeinsam mit über 100 internationalen Organisationen richtete FIAN daher zum 10. Jahrestag der UN-Leitlinien für Landnutzungsrechte eine internationale Erklärung an die Staaten, die FAO und das UN-System. Das Statement wurde koordiniert vom [International Planning Committee for Food Sovereignty](#) (IPC).

An die österreichische Regierung appelliert die Menschenrechtsorganisation FIAN insbesondere:

1. sich für nationale und darüber hinaus für eine multilaterale Strategie zur Umsetzung der UN-Erklärung für die Rechte von Kleinbäuer:innen (UNDROP) und des Rechts auf Land einzusetzen;
2. sich für eine globale Landreform und zu definierende Landbesitzobergrenzen stark zu machen;
3. den Zusammenhang zwischen Landgrabbing, Landvertreibung, industrieller Landwirtschaft, Artensterben und Klimawandel anzuerkennen und für eine agrarökologische Landwende einzutreten.



FIAN Deutschland e.V.
FoodFirst
Informations- &
Aktions-Netzwerk

Briedeler Straße 13
50969 Köln

Tel. 0221-70 200 72
Fax.0221-70 200 32

www.fian.de

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL) ist ein gemeinnütziger Verein, der 1974 in Berlin gegründet wurde. Das FDCL ist eine der ältesten Organisationen der internationalen Lateinamerika-Solidaritätsbewegung und versteht sich heute als Teil der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung.

Im Rahmen kontinuierlicher Auseinandersetzung mit den aktuellen Entwicklungen in Lateinamerika gilt besonderes Augenmerk den Beziehungen und dem Austausch zwischen sozialen Bewegungen und fortschrittlichen politischen Kräften hier und in Lateinamerika. Das Eintreten für die Verteidigung der Menschenrechte so wie der Kampf gegen Repression und Straflosigkeit in Lateinamerika ist seit jeher ein zentrales Anliegen der Arbeit des FDCL.

Unter dem regionalen Fokus Lateinamerika und Karibik beschäftigt sich das FDCL mit verschiedenen Aspekten der Globalisierung und den internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung im Kontext des so genannten Nord-Süd-Verhältnisses. Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit sind die Bereiche Handel, Landwirtschaft und Rohstoffe.

Mit dieser Ausrichtung konzentriert sich das FDCL bei seinen Aktivitäten auf die Solidaritätsarbeit zu Lateinamerika und die entwicklungsbezogene Bildungs-, Öffentlichkeits- und Advocacyarbeit hierzulande: So organisiert der Verein politische Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Seminare, Workshops und Tagungen, Filmreihen, Kultur- und Besuchsprogramme mit Gästen aus Lateinamerika und öffentliche Aktionen. Gemeinsam mit anderen Organisationen arbeitet das FDCL in Kampagnen und richtet Forderungen direkt an politische Entscheidungsträger.

Zu einzelnen Aspekten und Themen ihrer Arbeit veröffentlichen sie Studien, Hintergrund-, Informations- und Bildungsmaterialien so wie Presseinformationen. Das umfangreiche Archiv des FDCL stellt seit den 1970er Jahren Informationen zu den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Lateinamerika zur Verfügung.

Quelle: Was ist das FDCL, <https://www.fdc.org/uber-uns/was-ist-das-fdcl/>, 22.06.2017

Forschungs- und
Dokumentationszentru
m Chile-Lateinamerika
e.V.
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

Tel: 030 6934029
Fax: 030 6926590

www.fdlc.org
<mailto:info@fdlc.org>

Weitere Institutionen

- **Land Matrix** ist eine unabhängige Landüberwachungsinitiative, zwischenstaatlichen Organisationen und Forschungsinstituten, die seit 2009 Daten über groß angelegte Landakquisitionen sammelt.
- **Freiwillige Leitlinien** zur verantwortungsvollen Verwaltung von Land-, Fischerei- und Waldbesitz im Kontext der nationalen Ernährungssicherung. FAO, 2012
- **RAI** -Prinzipien für verantwortungsbewusste Investitionen in Landwirtschafts- und Ernährungssysteme, entwickelt von CFS
- **International Land Coalition** ist eine globale Allianz von Organisationen, die zusammenarbeiten, um den sicheren und gerechten Zugang zu Land für die Landbevölkerung zu fördern.
- **IIED** (International Institute for Environment and Development) bietet Neuigkeiten und Veröffentlichungen zu Landerwerb und Rechten.
- **GRAIN** ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die sich für bäuerliche Landwirtschaft und den Schutz der Biodiversität einsetzt. GRAIN betreibt seit 2008 das wichtigste kritische Internetportal zum Land Grabbing: farmlandgrab.org enthält tägliche Nachrichtenberichte über den weltweiten Ansturm, Ackerland aufzukaufen oder zu pachten

Beispielfälle von Landgrabbing International

Für die lokale Bevölkerung bedeutet die großflächige Aneignung von Land durch Konzerne mehr Fluch als Segen. Man kann die Gefahren von Landgrabbing auch (nur) an den Länder-Beispielen deutlich machen.

Das Ausmaß des Landgrabblings kann nur geschätzt werden. Dazu sind die Zahl und Ausgestaltung der Verträge zu wenig transparent. Klaus Deininger, Experte bei der Weltbank für ländliche Entwicklung, glaubt, dass über 10 bis 30 Prozent des weltweit verfügbaren Ackerlandes Verhandlungen laufen. Die Umweltorganisation Grain schreibt, dass bisher für internationale Landkäufe rund 80 Milliarden Euro ausgegeben worden sind. Die Weltbank kalkuliert vorsichtiger und geht von etwa 40 Milliarden Euro aus. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Oxfam wurden seit dem Jahr 2001 allein in Entwicklungsländern rund 227 Millionen Hektar Land verkauft – eine Fläche so groß wie Westeuropa.

The Countries Most Affected by Land Grabs

Low- and middle-income countries with the most hectares bought up in transnational deals since 2000



Concluded deals of 200+ ha (purchase, lease, concession) for a range of uses that imply the potential conversion from smallholder to commercial use.

Sources: Land Matrix database, World Bank



statista

Afrika

In Afrika, dem wohl am stärksten ausgebeuteten Kontinent, sind laut jüngsten Berechnungen bereits rund zwölf Millionen Hektar Boden durch Land Grabbing in die Hände von internationalen Investoren gefallen. Die EU fördert zudem den Export hochsubventionierter Agrarprodukte nach Afrika, mit der Folge, dass dortige Märkte einbrechen.

"Mehr als 40 Prozent aller Land-Transaktionen in den letzten 20 Jahren sind in Afrika gewesen", beschreibt Markus Wolter, Agrarexperte bei Misereor, das Problem. "Afrika hat besonders viele schwache Staaten und schwache Bodenmärkte, schwache Bodenkatasterämter. Da gibt es wenig Regularien, und deswegen können dort Investoren sehr gut zugreifen."

Globale Trends

Landkäufe ausländischer Investoren

Die größten Landkäufe in Afrika in Hektar

Land	Verkauftes Land	
	Größter Käufer	Gekauftes Land
Liberia	898.987 USA	280.300
Äthiopien	838.274 Saudi-Arabien	307.400
Mosambik	699.868 Portugal	272.185
Madagaskar	588.322 Großbritannien	497.000
DR Kongo	586.752 Kanada	299.640
Sudan	334.951 Vereinigte Arabische Emirate	118.434
Sierra Leone	328.729 Portugal	126.000
Kamerun	327.214 Frankreich	290.756
Ghana	299.686 Frankreich	83.020
Kenia	223.184 Kanada	160.000

HANDELSBLATT

Quelle: Land Matrix

Begehrlichkeiten, Gier und Korruption

Zwölf Millionen Hektar sind in den vergangenen Jahren in Afrika in die Hände von Finanzinvestoren, Spekulanten oder Großfarmen gefallen, so eine Bestandsaufnahme der Plattform "LandMatrix", die auch vom deutschen Wirtschaftsministerium unterstützt wird. Probleme schaffen dabei natürlich nicht nur die Begehrlichkeiten aus dem Ausland, sondern auch Korruption und Gier der heimischen Eliten.

Verschlimmert wurde alles noch durch die Pandemie, klagt die Organisation "Land Alliance". In dieser Zeit sei Land Grabbing besonders einfach gewesen. "70 Prozent unseres Landes wird von Gemeinschaften gehalten", sagt Faith Alubbe. "Das ist oft nicht dokumentiert. Der Halter ist manchmal nicht schriftlich eindeutig zu erkennen. Wer immer ein Gebäude errichten oder einen Zaun aufstellen konnte, hat das getan. Sie haben elektrische Zäune errichtet und die Leute ausgesperrt. Die Spitze dieses Problems kam mit der Pandemie", so Alubbe.

Befördern niedrige Zinsen die Landnahme?

Nichtregierungsorganisation kritisieren schon seit Jahren das Wirken der deutschen Entwicklungsbanker in Übersee: "Die DEG hat große Kreditvolumen", stellt Markus Wolter von Misereor fest. "Zwar hat sie auf dem Papier gute Regularien, aber in der Umsetzung hapert es oft noch." Niedrige Zinsen befeuerten den Trend zum Land Grabbing zusätzlich, glaubt Wolter.

Klar ist: Allein am Horn von Afrika - in Kenia, Somalia und Äthiopien - könnten bis zur Mitte dieses Jahres 25 Millionen Menschen nicht genug zu essen haben. Die UN-Ernährungsorganisation warnt dort "vor einer der weltweit schlimmsten Ernährungskrisen". In Afrika insgesamt seien 2020 mehr als 280 Millionen Menschen unterernährt gewesen. Der Kontinent braucht also auch die Kleinbauern - und die brauchen ihr Land.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/kenia-landnahme-101.html>

Äthiopien

Sämtliches Land in Äthiopien befindet sich in Staatsbesitz. Bauern erhalten Nutzungsrechte, sofern sie auf dem Land leben. Dieser Umstand bietet der Regierung viele Möglichkeiten, die landwirtschaftliche Produktion zu gestalten. Doch nutzt sie diese derzeit zur großflächigen Verpachtung fruchtbarer Landes.

Entwicklung war eines der Hauptziele aufeinanderfolgender Regierungen Äthiopiens – großflächiger Landraub war eine der Folgen. Bauern und Viehzüchter wurden enteignet und verdrängt und mussten sich neue Arbeitsplätze in Agrarunternehmen und städtischen Gebieten suchen.

In den letzten zwei Jahrzehnten verloren Millionen Bäuerinnen und Bauern in den der größten Region Oromia, der "Region der südlichen Nationen, Nationalitäten und Völker" (Southern Nations, Nationalities, and Peoples' Region, SNNPR) sowie den Regionen Gambela, Benishangul-Gumuz und Afar ihr Land aufgrund der Ausweitung von Blumenzucht und Industriezonen.

Die indische Firma „Karuturi-Global“ mit Sitz in der Schweiz, hat sich allein 100000 ha Land gesichert. Diese Firma pflanzt unter anderem Rosen an. 30 Prozent aller Rosen in Deutschland, die besonders im Winter erhältlich sind, kommen aus Äthiopien. Die genannte Fläche wurde inzwischen auf 300000ha vergrößert. Das ist größer als der Kanton Tessin in der Schweiz.

Für die Arbeit auf den Feldern ziehen die „Investoren“ gern die Kinder der einheimischen Bevölkerung heran. Diese jäten dann für 1.12 € am Tag Unkraut auf den Feldern. Das ist billiger als maschinelle Unkrautvernichtung.



Ausländischen Investoren bietet die Regierung Rahmenbedingungen, die kaum günstiger sein könnten. Pro Hektar müssen nur wenige US-Dollar pro Jahr bezahlt werden, womit die Pacht zu den billigsten weltweit zählt. Die Laufzeit der Pachtverträge liegt bei bis zu 100 Jahren. Zudem fallen für Investoren im Agrarbereich kaum Steuern oder Zölle an.

Auch privat-staatliche Investoren aus Saudi Arabien sind in Äthiopien aktiv, um dem Königreich am Golf Ernährungssicherheit zu gewährleisten. So möchte das Unternehmen Saudi Star Agricultural Development zum Beispiel auf bis zu 500.0000 Hektar unter anderem Reis, Mais und Ölsaaten für den Export anbauen. In geringerem Maße pachten auch Firmen aus China, Südkorea, Ägypten oder Dschibuti Land in Äthiopien.

Deutsche Investoren spielen mit.

Am Anbau von Energiepflanzen und dem damit verbundenen Land Grabbing in Äthiopien beteiligen sich auch deutsche Firmen. Die in Gelching bei München ansässige Acazis AG, ehemals Flora Ecopower, will von den günstigen Pachtbedingungen in Äthiopien profitieren und dort Jatropha- und Castorpalmen zur Produktion von „Non Food-Öl“ anbauen. Nach eigenen Angaben hat die Acazis AG „im ersten Schritt“ 56.000 Hektar für eine Laufzeit von 50 Jahren gepachtet und besitzt Konzessionen für weitere 200.000 Hektar. Quelle: Land-Grabbing 2018

Ghana

Ghana an der Westküste Afrikas zählt zu einem der wichtigsten Zielländer des internationalen Land Grabblings. Ausländische Unternehmen sichern sich dort Land, um dieses vorrangig zum Anbau von Energiepflanzen für Agrartreibstoffe zu nutzen.

Wie in vielen afrikanischen Staaten, ist auch in Ghana die ländliche Bevölkerung zur Sicherung ihrer Existenz auf Land und Wasser angewiesen. Der Zugang zu diesen Ressourcen sichert ihr Menschenrecht auf Nahrung.

Aufgrund der politisch stabilen Lage, der günstigen steuerlichen Rahmenbedingungen und einer hohen Rechtssicherheit bewertet die Weltbank Ghana als eines der investorenfreundlichsten Länder Afrikas. Dementsprechend haben sich die Investitionen in Ghana von 2006 bis 2009 auf rund 1,7 Milliarden US-Dollar verdreifacht.

Die agro-ökologisch hochwertige Waldsavanne im Zentrum Ghanas ist das beliebteste Investitionsgebiet für ausländische Firmen. Dort haben bereits 15 internationale Investoren Land erworben, um Energiepflanzen zur Herstellung von Agrartreibstoffen anzubauen. In Ghana wird überwiegend die „Wunderpflanze“ Jatropha angebaut, welche angeblich dürreresistent ist. Dabei wird verschwiegen, dass die Pflanze während der Trockenzeit sehr wohl in eine Art Winterschlaf verfällt, unproduktiv wird und somit in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion steht, die an gleicher Stelle ebenfalls stattfinden könnte.

Besonders vom Hunger betroffen ist der Norden Ghanas, wo bis zu 47 Prozent der Bevölkerung nur eingeschränkten Zugang zu ausreichend Nahrung haben.

Insgesamt müssen dort bereits etwa 50 Prozent des Weizens und Reis (ein Grundnahrungsmittel in Ghana) importiert werden.

Quelle: FIAN

Kenia

Afrika braucht im Kampf gegen den Hunger seine Kleinbauern - und die brauchen ihr Land. Doch der Trend zur Landnahme durch große Konzerne nimmt zu. Und auch deutsche Gelder unterstützen die Projekte.

Peter Nezi ist geblieben. Der Bauer aus dem kleinen Dorf Guluku im Süden Kenias ist einer der wenigen Bewohner, der sich nicht vom australischen Bergbaukonzern Base Titanium umsiedeln ließ. Dieser baut auf einer fast 2000 Hektar großen Fläche wertvolle Titanioxide und Zirkon ab. Im Gegensatz zu vielen Bewohnern des Dorfes konnte Nezi sich nicht mit dem Konzern auf eine Entschädigung einigen. Für die Landflächen bot das Unternehmen extrem niedrige Preise, pro Hektar veranschlagten sie nur 100 Euro. Andere wurden mit für den Anbau ungeeignetem, teils sumpfigem Land ohne Bäume entschädigt.

Als die Umsiedlungen der 380 Familien begannen, rechnete das Unternehmen mit einem Bodenwert von umgerechnet nicht einmal 100 Euro pro Hektar. Großzügig habe man 620 Euro daraus gemacht, so das Unternehmen - für einen Hektar Land. Zusätzlich seien 80 Cent für eine Kokospalme und drei Euro für einen Cashew-Baum gezahlt worden, gerade mal so viel, wie eine Tüte Nüsse im Laden kostet.

Ein schlechter Tausch

Nach Kritik an der Landnahme zum Schnäppchenpreis soll die Entschädigung für die Umsiedlung der nächsten Dörfer fast zehnmal so hoch sein. Dafür hatte auch die kenianische Nichtregierungsorganisation von Faith Alubbe gekämpft: "Die Siedler in der früheren Kolonie haben die Gesetze so gemacht, dass Land Grabbing möglich ist", sagte die Vorsitzende von "Kenya Land Alliance". "Das ist so weitergegangen, und spätere Regierungen haben das nie verfolgt. Beim Grundbesitz gibt es heute Unrecht, das auf Land Grabbing zurückgeht."

Entwicklungsgelder für australischen Konzern

In Kenia hat die staatliche Deutsche Entwicklungsgesellschaft DEG dem australischen Unternehmen mit Krediten über 35 Millionen Dollar ausgeholfen. Eine Sprecherin erklärte auf Anfrage: "Während des DEG-Engagements wurde - neben mehrfachen Vor-Ort Besuchen durch DEG-Umwelt- und Sozialexperten - das Projekt regelmäßig von unabhängigen, international anerkannten Gutachtern aufgesucht, um die Einhaltung internationaler Standards zu überwachen. Die Einhaltung dieser Standards wurde dabei mehrfach bestätigt."

Das Geld aus dem Kredit ist inzwischen planmäßig vom Unternehmen an die DEG zurückgeflossen. Während Base Titanium inzwischen gute Gewinne einfährt, ist das Leben von manchen Farmern wie Peter Nzeki und Swaleh Mwabakari noch ärmllicher geworden.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/kenia-landnahme-101.html>

Uganda

Der Fall Mubende

2001 wurden in Uganda 4.000 Menschen von ihrem Land vertrieben für den Bau einer Kaffee-Plantage der Hamburger Neumann-Gruppe. In vier Dörfern walzten Soldaten Häuser und Hütten nieder. Doch die Kleinbauern wehrten sich gegen den Landraub.

Mubende ist kein Einzelfall, aber diese Vertreibung ist einer der ersten, gut dokumentierten Fälle von ‚Landgrabbing‘ (Landraub) in Afrika. Viele der vertriebenen Kleinbauern in Mubende haben ihren gesamten Besitz verloren. Mit Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen zogen sie vor Gericht, verklagten den ugandischen Staat und den Neumann-Konzern. Aber der Prozess wurde über Jahre verschleppt. Erst im März 2013 gab es ein erstes Urteil - zugunsten der Kleinbauern. Im Juli 2015 hob das Berufungsgericht in Uganda allerdings das erste Urteil auf.

Das schweizer Handelsunternehmen Migros bezieht Schätzungen zufolge rund ein Viertel seines Kaffee-Angebots von der Hamburger Neumann Kaffee Gruppe. Utz Certified, die niederländische Organisation zur Zertifizierung nachhaltigen Landbaus, hat der Kaweri Plantage ihre Zertifizierung Ende 2017 entzogen.

Der Journalist Michael Enger hat einen Film über die Vertreibung und ihre Folgen gedreht: [Link zum Dokumentarfilm](#)

Quelle: dw, <http://www.dw.com/de/der-fall-mubende/av>

Sierra Leone, ein Land in Westafrika

Über 500.000 Hektar Land wurde oder wird bereits verhandelt. 5,4 Millionen Hektar gelten als nutzbares Land in Sierra Leone. Nach der Regierung in Sierra Leone werden nur bis zu 15 Prozent der Fläche bisher landwirtschaftlich genutzt. Somit stehe laut der Regierung der Rest der Fläche für Investoren zur Verfügung. Die Bevölkerung in Sierra Leone erhält nur sehr wenige Kenntnisse über die abgewickelten oder geplanten Vorhaben.

Zuckerrohr: Benzin statt Nahrung

Die Regierung von Sierra Leone und das Schweizer Unternehmen Addax Bioenergy haben vereinbart: Auf 10.000 Hektar Ackerland soll Zuckerrohr für den Ethanolexport angebaut werden.

Vertraglich festgelegte Rechte benachteiligen lokale Bevölkerung

„Durch den Vertrag erhält der Konzern exklusive Rechte der Wasser- und Waldnutzung. Es liegt wohl im freien Ermessen der Regierung, zu entscheiden, welche Gebiete mit den Dorfbewohnern geteilt werden sollen, selbst dann, wenn sie ihnen nach traditionellem Recht zustehen: so wie der Zugang zu Straßen oder die Wassernutzung.“ Mohamed Conteh, MADAM

Die Bevölkerung fordert:

- Verhandlungen mit betroffenen Landbesitzern
- Einhaltung der nationalen Gesetze wie das Wasserrecht
- Transparenz und Informationen über geplante Maßnahmen

Die arme Landbevölkerung ist in besonderem Maß von einer intakten Umwelt und dem ungehinderten Zugang zu den natürlichen Ressourcen abhängig. In diesem sozioökonomischen Umfeld investiert Addax Bioenergy, eine Tochtergesellschaft der Schweizer Addax & Oryx Gruppe, in den Anbau von Zuckerrohr zur Erzeugung erneuerbarer Energien. Das Projektgebiet liegt in der Northern Province etwa 15 Kilometer westlich der Stadt Makeni.

In dieser Region hat das Schweizer Unternehmen Addax 57 000 Hektar Land gepachtet. Es handelt sich dabei knapp um die doppelte Größe der Stadt München. (München erstreckt sich auf knapp 31.000 Hektar).

Zunächst für 50 Jahre wurde der Pachtvertrag unterzeichnet, eine Verlängerung um weitere einundzwanzig Jahre steht bereits in Aussicht. Es existiert ein schriftliches Übereinkommen zwischen der Regierung von Sierra Leone und dem Schweizer Unternehmen. Die relevanten Verträge für die Kleinbauernfamilien in denen festgelegt wurde welches Land verpachtet wurde und zu welchen Konditionen, wurden zwischen den Gemeindeführern und dem Unternehmen ausgehandelt.

Direkt betroffen von dem Projekt sind insgesamt 13.617 Menschen, die in dem Projektgebiet leben.

Südostasien

Zu den Hauptzielländer für Landraub/Land Grabbing in Südostasien zählen 6 Länder: Kambodscha, Laos, Myanmar, Vietnam, Indonesien und die Philippinen.

Insgesamt sind bereits über 10 Millionen Hektar Land an Investoren vergeben, davon alleine in Kambodscha und Myanmar jeweils 2,1 Millionen Hektar, in Laos und Vietnam jeweils etwa eine Millionen Hektar, in den Philippinen etwa 1,4 Millionen Hektar und in Indonesien rund 3,6 Millionen Hektar.

<https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2016-studie-landraub-in-suedostasien-im-grossen-stil/>

Die Philippinen

Waren die Philippinen noch vor wenigen Jahrzehnten Selbstversorger beim Grundnahrungsmittel Reis, ist das Land heute der weltweit größte Reisimporteur.

Ausländischen Investoren ist es auf den Philippinen gestattet, Land für bis zu 50 Jahre zu pachten, mit der Möglichkeit es anschließend um 25 Jahre zu verlängern. Allein unter der Präsidentschaft von Gloria Macapagal-Arroyo (2001-2010) wurden bis zu 1,37 Millionen Hektar verpachtet. Laut dem philippinischen Umweltamt sind insgesamt 1,9 Millionen Hektar ungenutzten Landes für landwirtschaftliche Projekte vorhanden. 94.000 Hektar hat beispielsweise eine südkoreanische Provinzregierung auf der zentral gelegenen Insel Mindoro gepachtet, um dort jährlich 10.000 Tonnen Reis für die eigene Bevölkerung zu produzieren. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 25 Jahren. Ein japanisches Unternehmen pachtet für 50 Jahre etwa 400.000 Hektar in der nordwestlichen Ilocos-Region auf der Insel Luzan, um dort Kokosnüsse zur Produktion von Agrotreibstoff anzubauen. Beide Fälle führten zu Protesten. Daneben sind vor allem China und die Golf-Staaten Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi Arabia sowie die Vereinigten Arabischen Emirate auf den Philippinen mit eigenen Agrarprojekten aktiv. Proteste gegen ein chinesisches Engagement im Jahr 2007 hatten indes Erfolg. Ein geplanter Pachtvertrag über 1,24 Millionen Hektar kam damals nicht zu Stande. Der neuen Landnahme tat dies keinen Abbruch, die Regierung schließt weiterhin Pachtverträge mit ausländischen Investoren ab.

Landgrabber in den Philippinen

Landgrabber	Zweck	Fläche
Bahrain Zwischen: Nader and Ibrahim, Hassan, Sons Co., (private sector Bahrain) and the Representative of the private sector in the Philippines	Agrar-Forstwirtschaft, Nahrungssicherung	10.000 ha
Katar	unbekannt	100.000ha
Vereinigte Arabische Emirate (VAE)	Ernährungssicherheit, insbesondere Früchte wie Banane und Ananas	(+) 3.000 ha
China	Hybrid Korn, Reis und Hirse für den Export	1,24 Mio ha
Südkorea (Firma Jeonman Feedstock Ltd.)	Nahrungssicherung und Tierfutter im Umfang von 10.000 Tonnen im Jahr	94.000 ha (Mindoro)
Japan (eine Firma)	Biotreibstoff aus Kokosnussanbau	400.000 ha (Ilocos)
Saudi-Arabien (Sprecher des Repräsentantenhauses in den Philippinen und der Saudi-Arabischen Handels- und Industriekammer)	Nahrungsmittel, Industrie	26.000 ha (Süd Mindanao)
Saudi-Arabien Joint venture aus philippinischer Firma AgriNuture, Inc., und Far Eastern Agricultural Investment Company	Nahrungsmittel für heimischen und Exportmarkt	50.000 ha
Inländische Landgrabber		
Philippine National Oil Company-Alternative Fuels Corporation (PNOC-AFC)	Biotreibstoff, Jatropha	192.500 ha

hasp.ub.uni-heidelberg

Kambodscha

Kambodscha ist eines der Länder, das weltweit am schlimmsten von Land Grabbing betroffen ist.

70 Prozent der Bevölkerung lebt von traditioneller Landwirtschaft.

Seit Jahren wird von systematischen Zwangsvertreibungen und illegaler Landnahme durch staatliche Stellen und Private berichtet. Allein in 13 von insgesamt 20 Provinzen waren hiervon seit 2008 über 250.000 Menschen betroffen. Aktuell beunruhigen besonders die Vertreibungen in Phnom Penh rund um den Boeng-Kak-See.

In Kambodscha vergibt die Regierung Konzessionen für die Nutzung von Land an Unternehmen. Häufig handelt es sich dabei um Gemeinschaftsunternehmen mit einem kambodschanischen Partner und einem ausländischen Investor, der in aller Regel über die Ausrichtung des Projekts bestimmt. Die meisten der ausländischen Investoren in Kambodscha kommen aus Ost- und Südostasien. Ihre Projekte machten im Jahr 2014 rund 727 000 Hektar aus, insgesamt waren es 798 000 Hektar. Bei einer landwirtschaftlich nutzbaren Fläche von rund vier Mio. Hektar liegt der Anteil kommerziell erworbener Flächen bei rund 20 Prozent.

<https://diercke.westermann.de/content/kambodscha-kommerzieller-landerwerb-land-grabbing-978-3-14-100800-5-271-3-1>

In Kambodscha leben über 600 geschützte Tierarten

Seit fast 30 Jahren schwindet der prächtige Regenwald zusehends. 2,5 Millionen Hektar wurden bisher aus wirtschaftlichem Interesse abgeholzt; sei es für den Verkauf von Tropenholz oder die Anlage riesiger, sogenannter „Cash Crop-Plantagen“, auf denen landwirtschaftliche Güter für den Export erzeugt werden. Der Holzeinschlag ist auf dem Papier zwar seit den 1990er-Jahren verboten, trotzdem vergibt der Staat Land an internationale Investoren. Mittlerweile befindet sich etwa die Hälfte der Landesfläche in privatem Besitz.

Unter dieser Entwicklung leiden die Menschen und Tiere, deren Lebensraum für Profit zerstört wird. Obwohl die Bevölkerung in Verhandlungen einbezogen werden müsste, wird oft über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden. Sie werden gezwungen, ihr Land zu verkaufen und aus ihrer Heimat vertrieben. Das sogenannte Land Grabbing bedeutet für sie, dass sie ihre Lebensgrundlage verlieren. Quelle: Welthungerhilfe

Indonesien

Illegale Landnahme in Indonesien

Die gigantischen Ölpalmpflanzungen liegen überwiegend in den feuchttropischen Regionen Kalimantan, Sumatra und Sulawesi.

Palmöl-Unternehmen bevorzugen die Neuanlagen von Plantagen auf ehemaligen Wald- und Torfflächen, da sie dort weniger Düngemittel benötigen und das wertvolle Holz auch als Startkapital für die Plantagen gesehen werden. Die Klimawirkungen sind verheerend. Indonesien ist inzwischen der drittgrößte Emittent von klimaschädlichen Gasen. 85 Prozent dieser Gase entstehen bei der Landnutzung, weil Regenwald gerodet oder Torfflächen zerstört werden.

Rechtsbrüche: Die Provinz Riau auf Sumatra verlor in den letzten 25 Jahren 65 Prozent der Waldflächen. Selbst in Schutzgebieten fanden Rodungen statt. Rechtsbrüche gehen oft einher mit den Abholzungen. So belegt der Brot für die Welt- Partner Lentera, dass viele Plantagen illegal angelegt wurden:

- Die Zustimmung der Behörden fehlt.
- Die Abholzung von tropischem Regenwald findet ohne Genehmigung statt.
- Das Einverständnis der betroffenen Bevölkerung fehlt.

Zudem kann es von Vertreibungen von Menschen kommen, da ihre Nutzungsrechte nicht anerkannt werden.

Palmölproduktion in Indonesien – eine eindeutige Tendenz

Auf einer Fläche von (in Mio. ha)

- 1985: 0,8
- 2005: 5,6
- 2011: 10
- 2015: 15,9
- 2020: 22,9 (Prognose)

Quelle: Brot für die Welt

Indien

Kleinbäuerinnen in Odisha weiterhin von Vertreibung und Umweltzerstörung bedroht

Seit 2005 protestiert die Landbevölkerung im Bezirk Jagatsinghpur (Bundestaat Odisha) gegen Umweltzerstörung und die unrechtmäßige Aneignung ihres Landes. Dort sollen Industrieanlagen und Infrastruktur – darunter Stahl- und Zementwerke, ein Kraftwerk und ein Hafen – errichtet werden. FIAN Österreich rief in Zusammenarbeit mit FIAN International im März 2022 zu einer Briefaktion auf, um mehr als 40.000 Kleinbäuer*innen, Landarbeiter*innen und Fischer*innen vor dem Verlust ihrer Lebensgrundlagen zu schützen.

Die Dorfbewohner:innen in den Dörfern Dhinkia, Nuagaon, Gobindpur und Noliyasahi im Ersama-Block im Bezirk Jagatsinghpur setzen ihren starken Protest gegen die Übertragung von über 1.173,58 Hektar Land an JSW Utkal Steel Ltd. fort, für die nie eine Absichtserklärung zwischen der Regierung und der Jindal-Gruppe unterzeichnet wurde.

Die Anti-Jindal-Bewegung berichtet, dass Verwaltung und JSW Utkal Steel Ltd. illegal und gewaltsam die Wohnhäuser abreißen und die Betelweinberge zerstören, welche die einzige Lebensgrundlage für rund 25 000 Menschen in der Region sind. Das Gebiet verfügt über eine nachhaltige, lebendige Agrarwirtschaft, die durch den Bau eines Stahlwerks unwiederbringlich zerstört würde. Die Wirtschaft der Region hängt von diesen Betelreben ab, die in die großen Städte verkauft werden.

Die Betroffenen fordern die beteiligten Akteure dazu auf, alle Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, des Pariser Klimaabkommens und der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) umzusetzen und Landenteignungen umgehend zu stoppen.



Landgrabbing in Europa

Nach einer Untersuchung der FIAN ist die Dynamik der Konzentration von Land in Europa mit der Situation in Afrika, Asien und Lateinamerika vergleichbar. Besonders betroffen sind die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU): Rumänien, Ungarn und Bulgarien, aber auch die Ukraine. In Deutschland, Italien und Spanien sind ähnliche Entwicklungen festzustellen. Während es in den erstgenannten wirtschaftlich schwächeren Ländern oft ausländische Investoren sind, die ganze Ländereien kaufen, sind es bei den wohlhabenderen Ländern meist einheimische Kapitalgeber wie Banken und Versicherungen. Für Rumänien wurde nachgewiesen, dass die Konzentration der landwirtschaftlichen Fläche mit einer Verschlechterung des Lebensstandards der einheimischen Bevölkerung verbunden ist. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die flächenabhängigen Förderrichtlinien der EU.

Methodisches Problem:

Sowohl auf EU-Ebene als auch aus den europäischen Nicht-EU-Ländern gibt es wenige und wenig systematische Daten, da die Prozesse intransparent verlaufen, Korruption herrscht, Geheimverträge geschlossen wurden bzw. werden.

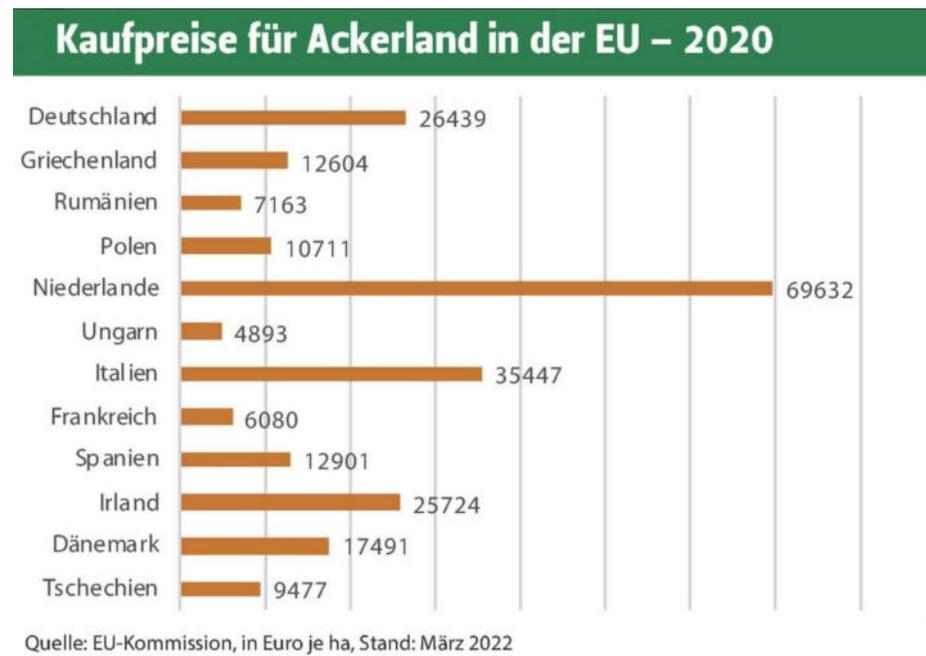
Vielfach muß aus anderen Daten (z.B. Veränderung der Betriebsgrößen) auf Land Grabbing und Land-Konzentration in Europa zurückgeschlossen werden.

Die Impulse für Landgrabbing und Landkonzentration gehen von der Europäischen Union aus. Es sind dies die Agrarpolitik der EU, besonders die flächengebundenen Direktzahlungen (über 70 % der aktuell 60 Milliarden € für die Gemeinsame Agrarpolitik) die Erneuerbare-Energien-Richtlinie von 2009. Das entsprechende deutsche Gesetz legt fest, daß die Mineralölwirtschaft bis 2020 10 % des gesamten in Deutschland angebotenen Kraftstoffes Biodiesel sein soll. Biodiesel wird aus Ackerpflanzen wie Mais und Raps gewonnen, die auf riesigen Schlägen angebaut werden. Der Zustand der und die Beitrittsbedingungen für die osteuropäischen Neu-EU-Mitglieder. Die Übergangsregeln für die Aussetzung des freien Kapitalverkehrs mit Rücksicht auf die Landwirtschaft liefen von 2011 bis 2016 aus. Die EU-Kommission leugnet, daß Land Grabbing innerhalb der EU überhaupt ein Problem sei. Sie hält große Agrarbetriebe für ein wünschenswertes Instrument der Produktivitätssteigerung.

In der gesamten EU gehen 80 % der Flächenprämien an nur 20 % der Betriebe.

Folgen in den EU-Staaten:

1. Das Verschwinden bzw. die Behinderung kleiner einzelbäuerlicher Betriebe (konventionell und ökologisch)
2. Verschärfung des strukturellen Konflikts Teller – Trog – Tank innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzung des Bodens. Der hochprofitable Anbau von „Energiepflanzen“ treibt die Bodenpreise in Westeuropa in die Höhe.
3. Die Zunehmende Umwidmung von Ackerflächen für eine nichtlandwirtschaftliche Nutzung, z.B. als Bauland (Beispiel: Frankreich) oder als Standorte für Windparks oder Solaranlagen.



Quelle: www.agrar-heute.com

Das Beispiel Ukraine

2015 befanden sich von den 34 Millionen Hektar Anbaufläche in der ehemaligen Sowjetrepublik 17 Millionen Hektar, also die Hälfte, unter Kontrolle ausländischer Investoren bzw. Agrarunternehmen.

11 Millionen Hektar des gesamten Agrarlandes befinden sich in Staatsbesitz.

Die zehn größten Agrarkonzerne der Ukraine - alle mit ausländischer Kapitalbeteiligung - kontrollieren bereits ca. 2,8 Millionen Hektar Land, beschäftigen über 100.000 Menschen und erwirtschaften einen jährlichen Umsatz von 4,2 Milliarden Dollar.

<https://www.largescaleagriculture.com/home/news-details/top-10-ukraines-largest-agricultural-landholders-2018/>

Bodenprivatisierung und Landmoratorium

1992 wurden die ukrainischen Kolchosen aufgelöst. Die etwa 7 Mill. Bauern erhielten Boden-Anteilsscheine im Wert von etwa fünf Dollar und im Umfang von durchschnittlich 4 ha. Die Anteilsscheine wiesen jedoch keine spezifischen Landstücke aus.

Ein Teil der neuen Bodenbesitzer veräußerte seine Anteilsscheine schnell an Land Broker. Viele ehemalige Kolchosbauern, inzwischen Rentner, verpachten ihr Land, häufig an Zwischenpächter, die dann mit größeren Einheiten an einheimische und internationale Agrarunternehmen und Investoren herantreten können.

2001 wurde in der Rada das erste Landmoratorium (das Verbot des Handels mit landwirtschaftlichen Nutzflächen) erlassen. Nationale und internationale Investoren dürfen Ackerland für bis zu 50 Jahre pachten.

Die jährliche Pacht pro Hektar Land beträgt etwa 30 Euro, angesichts der Bodenqualität lächerlich gering und noch geringer als im „preiswertesten“ EU-Land Rumänien.

Das Landmoratorium ist der EU, der Weltbank und dem IWF ein Dorn im Auge. Regierung und Bevölkerung halten daran fest, weil man den Ausverkauf des Bodens an Ausländer befürchtet.

Quelle: Sabine von Löwis: Der Verkauf von Agrarland in der Ukraine, 09.01.2019

Hauptzweck der agroindustriellen Unternehmen: Erzeugung von Exportgütern

Getreide: Die Ukraine gilt als drittgrößter Getreide-, drittgrößter Gersten- und fünftgrößter Weizenexporteur der Welt.

Mais: viertgrößter Exporteur der Welt.

Raps: mit 2,7 Mill. t achtgrößter Rapsproduzent (2019); 90 % des Rapses werden in die EU exportiert.

Sojabohnen: mit 2,8 Mill. t sechstgrößter Sojaexporteur; größter Importeur ist die EU

Sonnenblumenöl: weltgrößter Exporteur.

Sonnenblumenschrot: weltgrößter Exporteur.

Quelle: www.proplanta.de

Die ukrainischen Agrarexporte gingen 2016 vor allem nach:

- Asien (30,4%),
- die EU (31,8%, speziell Niederlande, Spanien, Italien, Polen, Frankreich, und Deutschland),
- Afrika (17,9%).

Quelle: www.owc.de/2017/11/14/ukraine-landwirtschaft-eu/

Beispielfälle von Landgrabbing in Deutschland

Es betrifft hauptsächlich Ostdeutschland, besonders Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, aber auch Niedersachsen.

Ein Kommentar von Annette Jensen-29.06.2022

Auch in Deutschland ist Ackerland längst zum Spekulationsobjekt geworden. Die steigenden Bodenpreise sorgen dafür, dass Bauern kaum ein Auskommen haben. Ein Skandal, findet die Autorin Annette Jensen, und fordert eine radikale Bodenreform.

In den vergangenen Jahren sind nicht nur die Preise für städtische Grundstücke explodiert. Auch landwirtschaftliche Flächen haben sich extrem verteuert. Einfach nur, weil Investoren nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 nach sicheren Geldanlagemöglichkeiten suchten.

Solche Leute kalkulieren völlig anders als Bauern. Sie spekulieren. Weil Boden für die Produktion von Gemüse, Getreide und nachwachsenden Rohstoffen auch in Zukunft gebraucht wird, ist er eine sichere Geldanlage mit enormem Wertsteigerungspotenzial, ohne dass die Käufer etwas tun müssen. Irgendwann erben das alles ihre Nachkommen – und die können das Monopoly-Spiel dann einfach fortsetzen.

Landwirte können Pacht nicht erwirtschaften

Der Ansturm von Investoren hat dazu geführt, dass sich die Preise für Ackerland in Ostdeutschland innerhalb von zehn Jahren verdoppelt oder gar verdreifacht haben. Auf dieser Grundlage wurden auch die Pachten immer teurer. Mit der Folge, dass sich viele Landwirte im wahrsten Sinne des Wortes vom Acker machen mussten. Obwohl Gemüsegärtner und Getreidebäuerinnen hart arbeiten, verdienen sie nicht genug, um die horrenden Hektarpreise zu erwirtschaften. Nur hochtechnisierte Großbetriebe können mithalten.

In Niedersachsen fällt ein Drittel der zum Verkauf stehenden Agrarflächen in die Hand von Menschen, die ihr Geld nicht in der Landwirtschaft verdient haben. In Ostdeutschland dürfte der Anteil noch deutlich höher liegen. Überblicksdaten gibt es nicht. Klar ist indessen, dass der Bremer Bauunternehmer Kurt Zech inzwischen Herr über 20.000 Hektar Acker ist: eine Fläche, in die zwei Drittel von München hineinpassen würden. Dort lässt er überwiegend Mais für Biogasanlagen anbauen.

Auch die Aldi-Erben sind Großgrundbesitzer in Ostdeutschland. Jedes Jahr kassieren sie dafür über 4,5 Millionen Euro EU-Agrarsubventionen. Das ist bitter. Schließlich beruht ihr Vermögen darauf, dass der Discounter Bauern und Schlachthöfe ständig unter Druck setzt, billiger und noch billiger zu liefern. So ist die Aldi-Familie zur reichsten in Deutschland geworden. Jetzt trägt sie auch noch dazu bei, Landwirten den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Neofeudale Verhältnisse

Dabei ist völlig unklar, wie stark der Konzentrationsprozess bei Landeigentum bereits fortgeschritten ist. Die Grundbuchämter verfügen über keine Daten, die sich bundesweit zusammenführen ließen. Exemplarisch hat das staatliche Thünen-Institut einige Dutzend Gemeinden untersucht. Das Ergebnis: Mancherorts gibt es fünf Leute, denen mehr als 75 Prozent der Flächen gehören. Das sind neofeudale Strukturen.

Wenn Investitionsfirmen oder Millionäre in Asien und Afrika auf Einkaufstour gehen und Kleinbäuerinnen und -bauern vertreiben, nennt man das Landgrabbing. Anders sollte man es auch in Deutschland nicht bezeichnen. In beiden Fällen verlieren Menschen den Boden, mit dem sie ihren Lebensunterhalt verdient haben, an Leute, die nichts damit anfangen wollen, als Geld zu verdienen.

Landgrabbing Einhalt gebieten

Was wir brauchen, ist eine Bodenreform. Obwohl das Grundstücksverkehrsgesetz eine „ungesunde Verteilung“ von Grund und Boden verhindern soll, ist genau das eingetreten. 800.000 Hektar in Ostdeutschland wurden nach dem Ende der DDR privatisiert – in der Regel bekam der Meistbietende den Zuschlag.

Doch Boden darf keine Ware sein – genauso wenig wie Luft und Wasser. Besitzen sollten ihn diejenigen, die darauf wirtschaften oder wohnen. Was oben drauf errichtet wird, kann Eigentum sein und auch vererbt werden. Doch der Boden selbst sollte niemandem gehören. Ansonsten werden Mieten und Pachtpreise die Gesellschaft immer weiter spalten.

Bisher ist es den Profiteuren des gegenwärtigen Systems jedoch gelungen, jede Diskussion darüber abzuwürgen. Seit der Französischen Revolution gelten Freiheit und Eigentum als unverbrüchliche Einheit – und Boden als handelbare Ware. Sobald jemand daran rührt, werden Ängste von Einfamilienhausbesitzern geschürt. Sie sind die beste Versicherung für die Superreichen, dass alles so bleibt, wie es ist.

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/stoppt-bodenspekulationen-in-deutschland-100.html>

Entwicklung der Pachtpreise in Deutschland

Datenbasis ist das Testbetriebsnetzes des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL), dass auch für alle anderen ökonomischen Parameter frische Zahlen von den Höfen liefert. Das ermöglicht auch einen Vergleich der wichtigsten betriebswirtschaftlichen Indikatoren und Erfolgsparameter mit den regionalen Pachtpreisen.

Landwirte verlieren Ackerland an Investoren

Pachtland kostet so viel wie nie zuvor.
Mit der Steigerung der Pachtpreise steigen die Kosten für das wichtigste und knappste Produktionsmittel.

Dr. Olaf Zinke, agrarheute, kommentiert: 11.05.2023

„Die Pachtpreise sind 2022 weiter gestiegen. In einigen Bundesländern hat sich die Pacht deutlich verteuert. In anderen Regionen sind die Pachten überraschend billiger geworden. Das hat möglicherweise auch mit der „Flächenentwertung“ durch die massenhafte Ausweisung roter Gebiete sowie mit dem rasanten Abbau der Tierbestände zu tun. Beide Faktoren mindern den Wert und die Nutzungsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Flächen und haben offensichtlich Auswirkungen auf die Pachtpreise.“



Dreister Deal der Münchener Rück

Als besonders krasses Beispiel gilt ein Geschäft, das der weltgrößte Rückversicherungskonzern Münchener Rück AG bereits 2015 mit einer Tochtergesellschaft der KTG Agrar abschloss. Die börsennotierte KTG Agrar SE mit Sitz in Hamburg war mit 17.100 Hektar bis zum Sommer 2016 einer der größten Agrarkonzerne Deutschlands und ist mittlerweile pleite. Und weil die KTG wohl auch schon 2015 klamm war, verkaufte sie Land – um die 2.400 Hektar – an die Münchener Rück. Da aber der direkte Landkauf rechtlich nicht möglich war, bedienten sich die Münchener, die sich gern „Munich Re“ nennen und sich einem nicht nur rechtlich, sondern auch ethisch einwandfreien Verhalten verpflichtet haben, des Share-Deal-Tricks.

Dafür reichte die KTG nicht das Land selbst weiter, sondern nur 94,9 Prozent ihrer Anteile an der Tochtergesellschaft ATU Landbau, die die Flächen in Brandenburg besitzt. Unmittelbar vor diesem Geschäft übertrugen aber zunächst 14 weitere Tochtergesellschaften der KTG ihr Land an die ATU Landbau. Ausweislich eines Wertpapierprospekts der KTG aus dem Jahr 2015 waren das 2.840 Hektar. Es waren offenbar nicht zufällig 94,9 Prozent, die die Munich Re übernahm, denn ab einer Summe von 95 Prozent muss ein Käufer normalerweise Grunderwerbssteuer zahlen.

Genau solche Geschäfte machen den Bauern das Leben schwer. Nicht nur, weil sie das Land gerne selbst bewirtschaften würden, sondern auch, weil das billige Geld der Investoren die Preise treibt. [...]

Quelle: DER RABE RALF

Fazit

Obwohl der Hype um Landraub und die mediale Aufmerksamkeit nachgelassen haben, gibt es auch Anzeichen dafür, dass der Druck auf Land vielerorts wieder akut spürbarer wird. Wenn auch nicht so intensiv wie zuvor, so werden doch weiter Deals abgeschlossen: Neue Investoren übernehmen die gescheiterten Deals der ersten Welle, bestehende Projekte gehen in die Umsetzung, oder die Produktion wird ausgeweitet.

Druck auf Land hält an: nur anders

Ob aus Gründen der schwierigen Abwicklung oder wegen des Risikos von Reputationsschäden – internationale Investoren haben alternative Formen gefunden, sich Böden, Agrarrohstoffe oder landwirtschaftliche Produkte anzueignen, ohne direkt Land zu erwerben. Das betrifft sowohl Betriebsmittel, die für die Produktion benötigt werden, wie etwa Saatgut, als auch die Herstellung und Vertrieb von verarbeiteten Gütern.

Darüber hinaus hat das internationale Interesse an Land auch den Hunger lokaler Akteure und nationale Prozesse für den Landerwerb als Form der Investition befeuert. Diese Käufe mögen oft kleiner im Umfang sein, aber sie sind dennoch bedeutend. So sind in Malawi die Hälfte der mittleren und großen Landwirte zwar Einheimische, aber sie sind nicht ländlicher Herkunft.

Obwohl derartige Formen von Investitionen weniger sichtbar sind keine Schlagzeilen machen, so veranschaulichen sie doch die weitreichenden Veränderungen, die sich im Landsektor zutragen und die zu einer verstärkten Kontrolle von Land durch (internationale und einheimische) unternehmerische und/oder städtische Eliten beitragen.

Landrechte bleiben eine Schlüsselfrage

Teilweise als Reaktion auf den anhaltenden Trend zum Landerwerb in großem Maßstab und weil Land zunehmend kommerziellem Druck ausgesetzt ist, wurden in vergangenen Jahren rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen entwickelt und umgesetzt. Ihr Ziel: Gesetze und Verwaltungsverfahren auf nationaler und auch internationaler Ebene zu stärken.

Ein Beispiel sind die Freiwilligen Richtlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern" (Voluntary Guidelines on Land Tenure - VGGT). Der international ausgehandelte Rahmen, der von Staaten und der Zivilgesellschaft gemeinsam entwickelt wurde, soll mit dem übergeordneten Ziel der Ernährungssicherheit und des Rechts auf Nahrung den Umgang mit Land verbessern.

Kein Grund sich zurückzulehnen

Trotz Fortschritte darf jedoch keine Selbstzufriedenheit einkehren. Der wachsende kommerzielle Druck auf Land schwächt die rechtliche Position der lokalen Bevölkerung kontinuierlich. Internationale und einheimische Investoren – egal ob öffentlich, halbstaatlich oder privat – bewegen sich häufig in rechtlichen Grauzonen zwischen traditionellen Landrechten und modernen Eigentumsformen. Die Investitionen kommen einer von oben aufgezwungenen Landreform gleich, die ohne Transparenz und Rechenschaftspflicht durchgeführt wird.

Die Folgen sind nicht nur fortgesetzte Enteignungen und Vertreibungen. Es werden auch die Landrechte der rechtmäßigen Eigentümer oder Nutzer beschnitten, während zugleich die konzentrierte Kontrolle und die sozialen Ungleichheiten zunehmen. Das führt zu weniger Ernährungssicherheit statt mehr. Die Covid-19-Pandemie verschärft diese Situation noch zusätzlich, indem Menschen vertrieben sowie Land- und Umweltaktivisten eingeschüchtert werden, deren zivilgesellschaftlicher Aktionsradius immer weiter schrumpft.

Leben auf und von Land: Landreformen müssen unter Beteiligung ländlicher Gemeinden und der Zivilgesellschaft überprüft werden. © Jason Taylor/ILC

Mehr denn je ist es wichtig, Landrechte durch Reformprozesse zu sichern, die von der Basis ausgehen und von Betroffenen gesteuert werden. Sie sollten durch nationale Gesetze und internationale Regeln ergänzt werden, die dem Privatsektor mehr Transparenz und Rechenschaftspflichten abverlangen, wie zum Beispiel, ihre Anteile an landbezogenen Investitionen zu veröffentlichen. Außerdem sollten vielfache Beteiligte das Monitoring von Land verstärken, um evidenzbasiert auf eine transparente und inklusive Landpolitik zu drängen.

Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist unerlässlich, um Daten zu demokratisieren und denjenigen, die auf und vom Land leben, die Mittel an die Hand zu geben, mit denen sie folgenschwere Investitionen nachverfolgen können.

<https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/wirtschaft-menschenrechte/warum-land-grabbing-weiter-gegenwind-braucht>

Presse Artikel

Badische Zeitung:	<u>Darum sollte die Politik das Agrar-Monopoly unterbinden</u>
Bayrisches Landwirtschaftliches Wochenblatt:	<u>Investoren umgehen Gesetz zum Kauf von landwirtschaftlichem Boden</u>
Der Spiegel:	<u>Bauernland in Bonzenhand</u>
Mitteldeutsche Zeitung:	<u>Landwirtschaft Deutschlands Äcker werden immer teurer</u> <u>Preise kräftig gestiegen Das Rennen um die letzten DDR-Äcker läuft</u> <u>22.000 Euro für einen Hektar Ackerland wird zum Objekt für Spekulanten</u> <u>Finanzinvestoren schlagen zu Ackerland in Ostdeutschland wird immer teurer</u>
Neues Deutschland:	<u>Schranken für Agrarinvestoren</u>
Süddeutsche Zeitung:	<u>Wenn Investoren Bauern das Land rauben</u>
taz:	<u>Nordzucker sucht Platz an Sonne</u> <u>Chinesen kaufen Äcker</u> <u>Erbeutetes Bauernland</u> <u>Der Bauer pflügt, der Investor erntet</u>
Welt:	<u>Rücksichtslose Jagd auf den neuen, alten Bodenschatz</u>
Zeit:	<u>Wie reiche Investoren die Ressourcen Afrikas zu Geld machen</u>

Literatur

Landgrabbing	Herausgeber: Barbara Gärber, Birgit Englert (Verlag: New Academia Publishing)
Liberti-Landgrabbing (engl.)	Autor: Stefano Liberti (Verlag: Verso Books)
Wettstreit um Ressourcen	Autoren: Klagge, Britta, Andreas Lienkamp und Arnulf von Scheliha (Verlag: Oekom)
Hear our Voice	Autor: Susanne Bader (Verlag: Mediengruppe Neuer Weg)
Land Grabbing	Autor: Fred Pearce (Verlag: Verlag Antje Kunstmann)
Landraub	Autor: Kurt Langbein (Verlag: Ecowin)
Der große Landraub	Autor: Thomas Kruchem (Verlag: Brandes & Apsel)

Filme / Dokumentationen

Landraub Die globale Jagd nach Ackerland

Trailer: <https://www.youtube.com/watch?v=EA5Mf0MZrXY>

Die neuen Großgrundbesitzer Das Geschäft mit Europas Boden ARTE

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=hz3c1FWwFj8>

Die Jagd nach Land - Das globale Geschäft mit fruchtbarem Boden

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=MQ-nOTDRhRc>

Ausverkauf in Afrika - Der Kampf ums Ackerland (Landgrabbing in Mali)

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=ZPC6m29E1vM>

Landraub. Agrarinvestoren auf der Suche nach Beute.

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=5vZLuM-2eBY>

Poker um deutsche Äcker-ZDF-planet/e

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=UM90ydGDkBs>



Weiterführende Links

Spendenkonten:

Spenden an Oxfam Deutschland e.V.

<https://www.oxfam.de/spenden>

Spenden an FIAN Deutschland e.V.

<https://www.fian.de/mitmachen/jetzt-spenden>

Spenden an das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.

<https://www.fdcl.org/uber-uns/unterstutzen/>

Spenden an Grüne Liga Berlin e.V.

<https://www.grueneliga-berlin.de/online-spenden/>

Quellenangabe

[Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst](#)

[Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.](#)

[Bündnis 90 – Die Grünen](#)

[Ernst Klett Verlag GmbH](#)

[FIAN Deutschland e.V.](#)

[Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.](#)

[Grüne Liga Berlin e.V.](#)

[Land Matrix](#)

[Oxfam Deutschland e.V.](#)

[Wikipedia](#)

[Weltagrarbericht](#)

[Zentrum Polis](#)

Haftungsausschluss

Das vorliegende Informationsmaterial wurde in einem öffentlich geförderten Projekt erarbeitet. Ziel war es, eine Verbraucherinformation zum Thema Landgrabbing zu erstellen und diese zu veröffentlichen.

Die Informationen wurden im wesentlichen durch Recherchen im Internet sowie durch Informationsmaterial und persönliche Mitteilungen einiger Organisationen und Firmen erstellt.

Der UBB e.V. hat sich im Rahmen des Zumutbaren bemüht, richtige Informationen zur Verfügung zu stellen. Er übernimmt jedoch keine Haftung oder Garantie für Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen, Irrtümer sind vorbehalten.

Der UBB e.V. hat nicht alle Informationen, auf die sich die Dokumente stützen, selbst geprüft und übernimmt keine Haftung für Verluste, die durch die Verwendung dieser Informationen verursacht werden oder mit deren Nutzung direkt oder indirekt im Zusammenhang stehen.

Für alle Links zu externen Seiten gilt:

Der UBB e.V. hat keinen Einfluss auf die aktuelle oder zukünftige Gestaltung und auf die Inhalte der verlinkten Seiten.

Die letzte Aktualisierung des Informationsmaterials erfolgte im August 2023.

Der UBB e.V. behält sich das Recht vor, ohne Ankündigungen Änderungen oder Ergänzungen an den bereitgestellten Informationen vorzunehmen.



ubb e.V.
Umweltbüro für
Berlin-Brandenburg

Ueckermünder Str. 3
10439 Berlin

Tel. 030 4213700
030 4212328
Fax. 030 4213700

info@ubb.de

www.ubb.de